

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.92,
wo keine Post am Orte M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessengruppe
beträgt für die einwöchige
Solonelle oder deren Raum
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Vereins- und
Berufungs-Anzeigen
15 Pfennige,
Auswärtige Inserate 25 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 4 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 59.

Breslau, Freitag, den 10. März 1911

22. Jahrgang.

Theobald und Pius.

Aus Berlin, wird uns geschrieben:
Herr von Bethmann-Hollweg hat am Dienstag im preussischen Abgeordnetenhaus über den *W o d e r u i s t e n e i d* gesprochen. Herr hat er es gewiß nicht getan, aber die konservative Partei, die sich von den Nationalliberalen nicht nachsagen lassen will, sie sei dem Zentrum zutheile schwächlich in der Vertretung protestantischer Interessen, ließ es sich nicht nehmen, diese kleine parlamentarische Szene anzuführen, zu der sie Herrn Theobald von Bethmann als berufenen Heldendarsteller brauchte.

Die Aufgabe, vor die sich der Ministerpräsident somit gestellt sah, war folgende: Er mußte, nach dem Wunsche der Konservativen, die Nationalliberalen „befriedigen“, ohne allzusehr beim Zentrum anzustoßen. Er mußte Selbstständigkeit mimen, ohne den Papst zu ärgern und mußte dem protestantischen Gefühl schmeicheln, ohne den schwarzblauen Block zu gefährden. Er mußte also tun, als ob er etwas tun wollte, und dabei doch wieder nach der anderen Seite zu verstehen geben, es falle ihm gar nicht ein, etwas zu tun. Aus diesen Erwägungen, Besürchtungen, Bedenken entstand eine Rede, die Freunden feineren Humors nicht unwillkommen sein wird. Sie ist eine kunstvolle Kombination von Spiegelfechtereien, trockener Redeweise und Schätznacher Springprozessen.

Sucht man in dem ganzen diplomatisch gemeinten Wortgewirr, in dem jeder Nachsatz den Vordersatz aufhebt, einen festen Kern, so findet man nichts als die Ankündigung, daß katholischen Geistlichen der Unterricht in Deutsch und Geschichte an höheren Schulen künftig nicht mehr übertragen werden soll. Auch bei der Uebertragung anderer Staatsämter werde sich der Staat eine „gewisse Zurückhaltung“ auferlegen müssen. Im übrigen soll natürlich, und das wird keinen verwundern, alles bleiben, wie es ist. Damit geben sich die protestantischen Parteien, Konservative, Freikonservative und Nationalliberale, festerlich zufrieden, das Zentrum dagegen muß, weil es zum Stück gehört, ein bißchen den Beschränkten spielen, schließlich aber heißt es doch: Ende gut, alles gut.

Regierung und bürgerliche Parteien drehen sich da um ein Problem, das für sie völlig unlösbar ist. Denn wer sich nicht auf den Standpunkt der demokratischen Freiheit des Staatsbürgers stellt und reinliche Scheidung zwischen Staat und Kirche verlangt, muß sich notwendigerweise in die schlimmsten Widersprüche verwickeln. Wie grotesk muß es zum Beispiel wirken, wenn Herr von Bethmann-Hollweg, der Prophet der „gottgewollten Unabhängigkeiten“, von einer Bindung durch den Antimodernisteneid spricht, die den evangelischen Empfindungen besonders fremd sei. Der Vertreter eines Regierungssystems, das die Gedankenfreiheit liebt, als Verteidiger der „evangelischen Freiheit“! Und dabei muß Herr von Bethmann-Hollweg noch zugeben, daß der Antimodernisteneid an dem Wesen des Katholizismus nichts ändert, und daß die „Bindung“, die er bedingt, für Katholiken schon bestanden hat, noch ehe er geleistet wurde. Warum also der ganze Lärm. Um — „der Stimmung im Volke Rechnung zu tragen“, sagt der Ministerpräsident, fällt aber gleich vorstichtig hinzu, daß der preussische Episkopat dieser Stimmung gleichfalls Rechnung trage.

Herr von Bethmann-Hollweg sagt wirklich und wörtlich: „Der Stimmung im Volke hat die Regierung durchweg Rechnung getragen.“ Aber das Volk, außerhalb der kirchlich-katholischen Kreise, denkt gar nicht daran, sich über einen Glaubenseid aufzuregen, den die katholischen Geistlichen leisten! Das Volk hat ganz andere Sorgen, und wenn Herr von Bethmann-Hollweg seiner Stimmung Rechnung tragen will, dann schaffe er das preussische Dreiklassenwahlrecht ab, dann beseitige er den Gewissenszwang, den der preussische Staat ausübt, dann breche er die Vorkherrschaft des Feudalismus in Armee und Verwaltung, dann ermähige er Zölle und indirekte Steuern und lade die Lasten, die die Armen bisher tragen mußten, stärkeren Schultern auf.

Wenn Herr von Bethmann-Hollweg der Stimmung des Volkes Rechnung tragen will, dann Sorge er für die Verfolgung der Mörder des Arbeiters Herrmann, und verabschiede den Polizeipräsidenten von Jagow und den Polizeiminister von Dallwitz. Oder am besten — wenn Herr von Bethmann-Hollweg der Stimmung im Volke Rechnung tragen will, dann beseitige er sich selber, denn nichts verlangt die Stimmung im Volke mehr als seine Entfernung!

Es ist nicht die Masse des Volkes, sondern es sind nur gewisse dünne Bevölkerungsschichten des platten Landes, die unter dem Einfluß protestantischer Geistlicher stehen und die aus konfessionellen Gründen eine starke Feindschaft gegen Rom empfinden. Diesen Schichten ist das Zentrum nicht verhaßt, weil es junkerliche Politik treibt, sondern weil es vom Papst abhängig ist, und der Vatikan ist für diese ehrlichen Seelen, die die Welt nicht anders kennen, nun einmal der Vorhof zur Hölle. Auf der anderen Seite gibt es noch eine Schicht gläubiger Katholiken — Pius X. gehört selbst zu ihnen — denen der Protestantismus bis heute nichts anderes ist als eine

keizerliche Bewegung, die man am liebsten, könnte man es nur noch, mit Feuer und Schwert auszrotten würde.

Zwischen ehrlichen Protestanten und ehrlichen Katholiken kann es keine religiöse Toleranz geben. Toleranz bedeutet da schon Zweifel an der eigenen Wahrheit, also den Anfang des Unglaubens. Und darum müßte auch ein Staat, der die Religion nicht zu politischen Zwecken mißbraucht, gegenüber den konfessionellen Kämpfen völlig neutral sein, sie würden dann auch sehr bald ihre Bedeutung verlieren. Nur weil der Staat die Religion als politisches Machtmittel, als Mittel zur Unterdrückung politischer Gewissensfreiheit mißbraucht und darum das religiös-konfessionelle Element in den Vordergrund schiebt, der Weisheit und den pietistisch gesinnten Elementen einen weitgehenden Einfluß einräumt, nur darum ist die Frage des Modernisteneides, die doch sonst lediglich den Katholizismus angeht, für ihn zu einer politischen Frage geworden.

Diese politische Frage kann der preussische Staat und die preussische Regierung aber aus all diesen Gründen nicht lösen. Er kann sich nur mit diplomatischen Redensarten, äußersten Falls mit Polizeimaßregeln um ihn herumbewegen. Theobald braucht Pius, und Pius braucht Theobald, sie werden sich schon wieder vertragen!

Politische Uebersicht.

Die Reichstagsersatzwahl für Genossen Singer.

Der Oberpräsident hat die Ersatzwahl für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Singer auf Montag, den 10. April, festgesetzt.

Der vierte Berliner Wahlkreis, den Paul Singer im Reichstag vertrat, mußert heute eine der stärksten Parteienkörperschaften, die einer der ins Kolossale angeschwollenen Reichswahlkreise überhaupt aufzuweisen hat. Brauchte er 1907 noch 82.039 sozialdemokratische Stimmen auf, so daß er in diesem Punkte von allen deutschen Reichstagswahlkreisen nur hinter Lestow-Weesow und Berlin VI zurückstand. Vollends marschierte er an erster Stelle, was den Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen anlangt: betrug doch der Anteil der roten Stimmen an der Zahl der überhaupt abgegebenen Stimmen 75,6 Prozent. Und wenn der vierte Wahlkreis im Oktober 1909 die Genugtuung erlebte, daß er sämtliche drei Landtagsmandate, die auf sein Gebiet entfallen, nach dem Mandatsraub mit beträchtlich starker Majorität als in der Hauptwahl wieder eroberte, so darf er stolz sein auf seine rastlose Agitations- und Organisationsarbeit, durch die er die gewaltigen Proletariermassen des feine Mietskajernen immer weiter nach Osten und Südosten hinauschiebenden großen Häusermeeres an die Partei gefesselt hat, die der Menschheit eine lichtere Zukunft erkämpfen will! Die Parteibewegung Berlins IV hatte sich freilich aus den bescheidensten Anfängen in schweren, opferreichen Kämpfen emporzuarbeiten. Noch 1871 wurden für die Kandidaten der Lassalleaner und Eisenacher zusammen erst 3860 Stimmen abgegeben, während die Fortschrittler 6121 Stimmen zählten. Drei Jahre später zwar wurde der Kreis bereits von der seit 1875 geeinten Partei mit 10.769 Stimmen erobert, ebenso bei den Altentatswahlen 1878, wo der Kreis in der Stichwahl mit bereits 22.020 Stimmen abermals gewonnen wurde. Dann aber machte sich der niederdrückende Einfluß des Schandgesetzes auch hier bemerkbar: bei der Hauptwahl 1881 erhielt die Sozialdemokratie nur 13.573 Stimmen, und bei der Stichwahl fiel der Kreis an die Fortschrittler zurück. Erst seit 1884, wo Singer trotz einer niedrigen Judenhefte, die sein alter Freund Söder, Liebermann von Sonnenberg und Leute ähnlichen Kalibers gegen ihn injizierten, mit 25.386 Stimmen im ersten Anlauf glatt durchs Ziel ging, erst seit jenem Jahre ist der Kreis, nicht zum wenigsten auch dank Singers persönlicher unermüdlicher Agitations- und Organisationsarbeit, dauernd Besitzstand der Partei, er gehört zu den festesten Hochburgen der Partei, die ihn seit jenem Jahre stets im ersten Wahlgang erobert. Die Gegner stellen dort schon längst nur noch ganz belanglose Jährländkandidaturen auf. Für unsere Partei kandidiert jetzt Genosse Otto Büchner.

Zur Stichwahl von Jannensstadt.

Die fortschrittliche „Vossische Zeitung“ bespricht den Tag der Stichwahl von Jannensstadt durch einen Leitartikel, der so merkwürdige Auffassungen verrät, daß er nicht unwidersprochen bleiben kann. Die „Vossische Ztg.“ preißt zwar den Vorgesang der Sozialdemokratie, zur Beseitigung des schwarz-blauen Blocks das ihre zu tun, meint aber, die Sozialdemokratie müßte zur Erreichung dieses Zweckes in einem Teil der Wahlkreise auf die Aufstellung von Kandidaten verzichten, um „falsche Stichwahlen“ zu vermeiden. Eine falsche Stichwahl ist es nämlich nach der „Vossischen Zeitung“, wenn in einem Kreis Schwarzblau und Rot als stärkste Parteien um das Mandat kämpfen und dem Fortschritt die Entscheidung zufällt. Damit nun das „freiherrliche“ Bürgertum sich nicht durch die Wahl des reaktionären Namierl soll die Sozialdemokratie lieber gar keinen Kandidaten aufstellen, son-

dern im ersten Wahlgang dem „freiherrlichen“ Kandidaten ihre Stimme geben.

Die „Vossische Zeitung“ sagt bezeichnender Weise nichts darüber, ob sie bei der Aufstellung solcher gemeiner Kandidaturen auch der sozialdemokratischen Partei Einfluß auf die Auswahl der Kandidaten einräumen wollte oder ob die sozialdemokratische Mannschaft blindlings zu wählen hat, wie die freisinnige Bezirkskommandantur befiehlt. Auch darüber, ob denn der Fortschritt in logischer Konsequenz dieses Vorschlages in anderen Kreisen den Sozialdemokraten gleich im ersten Wahlgang wählen würde, sagt sie nichts. Wie sie darüber denkt, kann man aber aus der jabelnden Ankündigung am Schlusse des Artikels erkennen, daß in Jannensstadt der Liberale durch die entscheidenden Stimmen der Sozialdemokratie siegen werde, „ohne das Gegenseitigkeit verlangt, geschweige denn verbürgt ist“.

Das fortschrittliche Blatt ist sehr im Irrtum, wenn es glaubt, daß von sozialdemokratischer Seite keine Gegenseitigkeit verlangt werde. Daß diese Gegenseitigkeit „verbürgt“ wird, fordert die Sozialdemokratie allerdings nicht, weil sie ihre liberalen Pappenhemer nur zu gut kennt. Die Sozialdemokratie wird getreu dem Versprechen, das sie sich selber, nicht den Liberalen, gegeben hat, alles tun, um die Schwarzblauen aus dem Reichstag hinauszujagen; sie fordert von dem Liberalen, daß sie das Gleiche tun.

Weigern sich die Liberalen, Gegenseitigkeit zu üben, dann wird die Reaktion ein paar Mandate mehr, die Sozialdemokratie ein paar Mandate weniger haben — aber die Situation, in die der Liberalismus durch ein solches Verhalten gelangen wird, wird nicht beneidenswert sein, und die Sozialdemokratie wird nicht unterlassen, sie rücksichtslos auszunützen!

Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem Resultat der Wahl ganz in unserem Sinne:

Die Wahl in Kempten ist ein neuer Beweis dafür, wie schwach die Position des schwarz-blauen Blocks bei den deutschen Wählern ist und wie es durchaus im Bereich der Möglichkeit ist, die jetzt herrschende parlamentarische Majorität bei den nächsten Wahlen in eine Minorität zu verwandeln. Die Sozialdemokraten sind nicht bereit, bei den Stichwahlen den schwarzblauen Block vor Niederlagen zu helfen, wo sie selbst bei der Hauptwahl ausgeschieden sind. So sehr wir der Ansicht sind, daß dieser Wahlkampf, gerade weil wir bei der Stichwahl für bürgerliche Parteien werden einzutreten haben, von unserer Seite mit aller prinzipiellen Entschiedenheit und Klarheit durchgeführt werden muß, so sehr sind wir bereit, unsere Stimmkraft bei der Stichwahl gegen den schwarzblauen Block einzusetzen. Wenn wir dürfen hoffen, daß die Hauptwahlen uns selbst in vielen Kreisen an erste oder zweite Stelle bringen werden. Es ist daher zur Niederbringung der Reaktion nicht genügend, daß nur die Sozialdemokratie in dem Kampf gegen die Ritter und Herren ihre Pflicht tut. Auch der Liberalismus wird sich endlich entschließen müssen, seine zweideutige Haltung aufzugeben und die dringende Erziehungsarbeit zu leisten, die er so lange vernachlässigt hat. Er muß seinen Anhängern klarmachen, daß die Demokratie Deutschlands, die Ueberwindung der Reaktion nur möglich ist durch die Hilfe der sozialdemokratischen Arbeitermassen. Soll man an den Ernst des liberalen Kampfes glauben können, dann ist es notwendig, daß jeder Zweifel daran schwindet, daß auch der Liberalismus, wo es sich um den Entscheid zwischen einem Sozialdemokraten und einem Konservativen oder Zentrumsmann handelt, alle seine Stimmen der Sozialdemokratie zuführt.

Die Zentrumspresse geht an dem Wahlergebnis vorläufig noch schweigend vorüber, nur Kuratus Fennig versuchte ein paar Trostesworte, die aber recht wenig mit dem übereinstimmen, was sonst aus der Pfarrer Munde fließt. Es klang gar nicht wie der alte Vers: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt — sondern es wurde kräftig losgezogen über die Teufelsbande, die dem Zentrum den Wahlkreis abgenommen hat.

Und Tempelhofer Feld.

Das weite Gelände, das sich zwischen den Gemeinden Berlin, Nitzdorf, Schöneberg und Tempelhof ausbreitet und seinen Namen von dem letztgenannten Orte, dem alten Tempelherrnstige, führt, dem nunmehr sehr westlicher Teil einberleibt wird, das Tempelhofer Feld, der Schauplatz moderner Romantik in Diebischen Romanen und der Schauplatz sehr prosaischer Kämpfe zwischen spießbürgerlicher Ungeschicklichkeit und militärischem Geschäftsgewitz; das Tempelhofer Feld bildete am Dienstag den ideellen, aber nicht immer idealen Schauplatz parlamentarischer Fehden.

Der Etat der Einnahmen der Militärverwaltung gab die Veranlassung zu diesem Kampfe, dessen Vorgeschichte nur zu bekannt ist. Die Freisinnigen hatten eine Resolution eingebracht, die so etwas wie weiße Salbe auf die bitterlich schmerzende Tempelhofer Wunde des Kommunal-Freisinnigen legen soll. Herr Dr. Wiemer, Nachfolger Eugen Richters im Kommando des fortschrittlichen Heerbanns, Stabtrat von Berlin und geborener Bezirksvereinsredner, begründete diese Resolution. Selbstredend hatte der freisinnige Redner durchaus recht, als er der Militärverwaltung schände Mithachtung der Berliner Interessen vorwarf. Aber leider hatten auch die Sprecher der schwarz-blauen Mehrheit, die Arendt und die Erzberger, recht,

Grundged. Erst jetzt dringen aber die Einzelheiten des Dramas in Serentul an die Öffentlichkeit, die den Selbstmord Stasjanows als das Ergebnis einer planmäßigen Vorgehensweise der Regierungsgesanten, als einen leigen Mord an dem gefesselten Feinde darstellen. Die Mitteilungen und Briefe, die Viktor Zschernoff in der letzten Nummer der „Snanja Truda“ veröffentlicht, geben ein anschauliches Bild von diesen Ereignissen, in denen die leuchtende Gestalt des unermüdbaren Kämpfers Stasjanow um so greller hervortritt, je mehr die alles niederwerfende, zerstörende Reaktionsperiode mit ihren unendlichen Leiden und Enttäuschungen das Bild des russischen Revolutionärs verdunkelt und entstellt hat.

Jetzt Stasjanow hatte es der neu einsetzenden „Liberalen“ Herd Swjatopolk-Mirskis zu verdanken, daß er wegen der Ermordung des allmächtigen Plehwe nur zur Katorga verurteilt wurde. Aber der Sturm der revolutionären Erhebung im Herbst 1905 vermochte nicht, ihn, wie so viele andere Kämpfer der Fängen des Zarismus zu entziehen, während die Liberalen, die ihm wegen seiner Tat angehört, keinen Zügel zügelten, um seine Befreiung durchzusetzen. Aber auch in der Katorga, wo Stasjanow dank der Macht seiner Persönlichkeit schon einen großen Einfluß gewann, blieb er für die Regierung ein gefährlicher Gegner. Nur der Beschluß der von Stasjanow geführten Gefangenengruppe, den ersten Versuch der Anwendung der Körperstrafe bei den Gefangenen mit Massen selbstmord zu beantworten — um dieser Beschluß hielt die verlorne Administration davon ab, auch dieser Gruppe gegenüber die Brutalität und die Scheulichkeit des verhängten Strafbefehls zur Anwendung zu bringen. Dennoch sah sich Stasjanow schon 1907 in Katorga gezwungen, seinen Beschluß zu verwickeln. Indessen war die Morphiumdosis, die er zu sich nahm, zu schwach, um ihn zu töten. Er blieb am Leben, und die mangelhafte Nahrung seiner Gruppe dem Mangel der Administration gegenüber zwang diese zum Rücksicht. Ne näher aber der Zeitpunkt heranrückte, wo Stasjanow mit seiner „Licht-Kommando“ übergeführt werden sollte, desto heftiger wurden die gegen ihn und seine Gefangenen eingesetzten Gewaltmaßnahmen. In Stelle der alten Rolle, die den Wachdienst in Serentul vertrat, kam eine neue dazum, die Tag und Nacht gegen die Zellen der politischen Gefangenen zu feuern begann. Sie hatte es namentlich auf Stasjanows Zelle abgesehen, die durch diese Strafmassnahmen so durchlöchert wurde, daß sie schließlich vollkommen renoviert werden mußte. Stasjanow blieb hart einem glücklichen Zufalle am Leben, aber nur, um einer noch größeren Martyr ausgehört zu werden. Ende November kam ein neuer Direktor, das Ehren-Jah Wajsschli, nach Serentul, mit der speziellen Aufgabe, das Regime im Gefängnis zu verschärfen. Er begann seine Genüßlichkeit damit, daß er einige zufällig herausgegriffene politische Gefangene ohne jeden Anlaß durchschleusen ließ. Nun war der Zeitpunkt gekommen, um den einmal abgesetzten Beschluß durchzuführen. Stasjanow erfuhr, daß zwei Gefangenen, ohne den allgemeinen Beschluß abzuwarten, einen Selbstmordversuch unternommen hatten. Um weiteren, größeren Opfern vorzubeugen, ließ Stasjanow zur Unterstützung, nachdem er die Voraussetzungen für eine in einem kurzen Schreiben dargelegt hatte. „Genossen!“ so schrieb er. „Heute Nacht will ich sterben, ein Ende zu machen. Wenn irgend ein Tob die weiteren Opfer verhindern kann, so ist es vor allem der meinige. Und darum muß ich sterben. Ich fühle das mit meinem ganzen Herzen; wie jämmerlich, daß ich dem Tode der heute geforderten Genossen nicht vorbeugen konnte. Ich bitte die Genossen und ich bitte sie, mir nicht nachzugeben und keinen zu schenken Tod zu suchen! Wenn nicht die keine Hoffnung, daß mein Tod den vom Tode geforderten Preis verringern könnte, ich wäre zweifellos am Leben geblieben, um mit Euch Genossen zu kämpfen! Aber noch einen Tag warten — bedeutet vielleicht, neue Opfer zu sehen. Lebt wohl, Freunde, und gute Nacht! Segor.“

Die Hoffnung Stasjanows hat sich leider als trügerisch erweisen. Auch nach seinem Tode wurde die unerbittliche Wölch des Zarismus fortgesetzt trügerisch Menschenleben. Aber er hat dennoch mit seinem Tode vollendet, was er im Leben vollbracht. Das Andenken des heldenhaften Kämpfers wird auch in den Reihen derer, die auf anderen, mitleidigeren Wegen wie er für die Befreiung der arbeitenden Massen kämpfen, als leuchtendes Vorbild fortleben, aufmerksamer und begeisterter zu beherzigen, unermüdbarem Kampf gegen die Mächte der Reaktion.

Hunruhen in Mexiko.

In Mexiko sind die Hunruhen noch lange nicht unterdrückt, die Hundern im Gesamtzahl leichter als je zuvor und eine Ermüdung der Revolutionären Parteien steht vor der Tür. Aus Los Angeles sind nun Berichte nach San Pedro abgegangen. Die hiesigen „Californians“, „Farmers“ und „South Western“ liefern gegen Mexiko an.

Die kommandierenden Offiziere der Vereinigten Staaten besetzten nun eine Reihe von Punkten zur Sammlung der Truppen. Mehrere Reiterregimenter sind bereits auf dem Marsch nach den Sammelstellen, andere sind bereit auszubrechen und warten nur auf die Verladung, wofür die Bahnverwaltungen auf eine so kurze Ankündigung hin die notwendigen Güter nicht stellen können. Die Hölle ist im Atlantischen und Großen Ozean beschäftigt, Kohlen und Lebensmittel einzunehmen, zur Vorbereitung schneller Abfahrten nach dem Golf von Mexiko oder nach den westlichen Küstengebieten. Die wirtschaftliche Bedeutung der Blockade ist unerschütterlich auf die wachsende Weltbevölkerung, daß die Dinge in Mexiko sich in einem weniger verheerenden Zustande befinden, als die mexikanische Regierung behauptet. Es wird berichtet, daß der Gesundheitszustand des Präsidenten Diaz in der letzten Zeit seine Freunde beunruhigt.

Die mexikanische Öffentlichkeit erklärte, das Gericht, Mexiko nicht zu erlauben eine Intervention der Vereinigten Staaten zur Lösung interner Schwierigkeiten, sei überflüssig. Mexico habe die Macht der Revolution unterdrückt, während die Intervention Mexiko habe der Regierung zur Seite. Die Gefangenennahme einer Anzahl Amerikaner, die an der Revolution beteiligt waren, ist aus amerikanischen, nicht aus amerikanischen Interessen. Das „American Bureau“ erfährt durch die mexikanische Öffentlichkeit, der Londoner mexikanische Botschafter habe die Möglichkeit einer britisch-amerikanischen Intervention, er könne nicht glauben, daß die britische Regierung die Möglichkeit der mexikanischen bezweifle, die britischen Interessen zu schützen.

Ein polnisches Panama. Seit längerer Zeit zirkulieren Gerüchte, daß einige Abgeordnete der Polenpartei ihr Mandat mißbrauchen und für Geld, in verschiedener Form, namentlich in der letzten Zeit, zur Erlangung von Schanzkollationen bei den Behörden intermediert hätten. In der letzten Sitzung des Polenklubs wurde über das Verhalten der aus diesem Grunde eingeleiteten Untersuchung berichtet. Mit Bezug auf mehrere der Beschuldigten erklärte der Referent, daß sich die Angaben als unwichtig erweisen hätten. Der Polenklub beschloß dann zur weiteren Aufklärung die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Nach der Wahl der Kommission erklärte einer der Beschuldigten, der Abgeordnete Waduz, daß er sich in mancher Hinsicht schuldig bekennet, und daß er tatsächlich nicht in allem so vorgegangen sei, wie ein Abgeordneter vorgehen sollte. Deswegen werde er vor der Untersuchungskommission erscheinen und sich dem Urteil fügen. Seine Süßbuden seien jedoch nur leichte gewesen. Im Polenklub sätze aber ein Verbrecher, der Lobhudelei auf dem Gewissen habe. Dieser Verbrecher sei der Obmannführer des Polenklubs, der Abgeordnete Stojanski. Darauf erhob sich der Abgeordnete Stojanski und rief ihm, mit der Faust auf den Tisch schlagend, zu. „Ich bin Obmannführer des Polenklubs, und muß der Polenklub verteidigen. Ich finde hier keinen genügenden Schutz.“ Abgeordneter Raduch sprach darauf mit erhobener Faust auf und erwiderte: „Ja, du bist ein Verbrecher, denn du hast mich unzufriedenen Bauern solche Sachen gelehrt. Ich bin ein simpler Mensch und habe nur infolge meiner Dummheit gesündigt. Du bist aber ein Schläumeier; du hast mich gelehrt, wie man solche Sachen anstellt. Ich habe mich bereit erklärt, mich dem Urteil der Untersuchungskommission zu fügen. Ich verlange jedoch, daß die Kommission auch über dich das Urteil fällt.“ Der Verbrecher erstellte dem Abgeordneten Raduch für den Ausdruck „Verbrecher“ den Ordensausweis. Hiermit war der Zwischenfall erledigt. — Die Untersuchungskommission hat sich gebildet, und man sieht dem Ergebnis der Untersuchung in parlamentarischen Kreisen mit großer Spannung entgegen.

Vermittlungen im belgischen Parlament. Die Deputiertenkammer war heute der Schlußplan wälder Szenen. Nach der Beratung einer Interpellation über die Maßregeln einer Reform, die ihrem Orden abtrünnig geworden war, der katholische Deputierte Wauwermans sagte, meistens legen die Nonnen das Ordenskleid ab, um „unabhängiger“ leben zu können, einladend in diese der Kräfte der gesamten Nation ein lärmender Aufruf, bei dem der Sozialist Hubin den Redner anpöbelte. Einem Antrag, daß die Kammer dem Deputierten Wauwermans einen Tadel antspreche, widersetzte sich der Ministerpräsident, blieb aber mit seinem Prozeß in der Minderheit. Unter großer Erregung wurde die Sitzung geschlossen.

Arbeiterbewegung.

Zur Tarifbewegung im Holzwasser.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Nach langer, vergeblicher Mühe ist es nun endlich doch gelungen, für eine größere Anzahl Städte zu einer Einigung zu kommen. Die Aufgabe war das aber erst möglich unter Beihilfe resp. durch Schiedsspruch der zentralen Verhandlungskommission. Mitgeteilt haben wir bereits, daß durch Schiedsspruch die Arbeitszeit für Bremen, Breslau und Stuttgart auf 52 Stunden verfürzt wird.

Verfürzt resp. durch Schiedsspruch festgelegt wurde nun weiter, daß für Breslau der Mindestlohn sofort von 40 auf 44 und im Laufe der Vertragsperiode auf 48 Pfennig pro Stunde erhöht wird, daß sämtliche Stundenlöhne um 6 Pfennig und die Akkordpreise um 10 Prozent aufgebessert werden. Für Stuttgart erhöht sich der Mindestlohn sofort auf 48 Pfennig und im Laufe des Vertrages auf 52 Pfennig pro Stunde. Die Stundenlöhne werden um 7 Pfennig und die Akkordpreise um 12 Prozent erhöht. Das zwischen den Zentralverbänden resp. der zentralen Schlichtungskommission vereinbarte Vertragsmuster wurde in seinen Hauptpunkten anerkannt. — In Elberfeld wird der Durchschnittslohn sofort auf 53 und während der Vertragsperiode auf 58 Pfennig erhöht; der Durchschnittslohn für Maschinenarbeiter ist 2 Pfennig höher. Die Stundenlöhne steigen sich ratenweise um 6 Pfennig. — In Neumünster wird die Arbeitszeit von 56 auf 51 Stunden verfürzt. Der Mindestlohn beträgt auf 15. März 1911 31 Pfennig und steigt ratenweise bis auf 55 Pfennig während der Dauer des Vertrages. Die Stundenlöhne werden um je 2 Pfennig erhöht am 15. März 1911 und am 1. Juli 1912, und um je 1 Pfennig am 15. Februar 1913 und am 1. Oktober 1914. Für Montagearbeiten am Orte werden 3 resp. bei schwebigen Arbeiten 5 Pfennig Aufschlag pro Stunde bezahlt. Ueber eine Reihe weiterer Punkte konnte eine Einigung bisher nicht erzielt werden. — Für Horst l. A. hat das Zentralschiedsgericht einen Schiedsspruch gefällt, der festsetzt, daß die Arbeitszeit am 1. Juli 1912 von 56 auf 55 Wochenstunden verfürzt wird. — In Kirchheim u. T. wird die Arbeitszeit verfürzt von 56 auf 54 Wochenstunden. Die Stundenlöhne werden erhöht während der Vertragsdauer um 6 Pfennig, die Akkordpreise um 10 Prozent. Der Mindestlohn wurde für den Anfang des Vertrages auf 39 Pfennig normiert und steigt während der Vertragsperiode auf 42 Pfennig pro Stunde. — In Elbing wird die Arbeitszeit verfürzt von 57 auf 55 Stunden wöchentlich. Der Mindestlohn wird sofort auf 37 und während der Vertragsdauer auf 41 Pfennig pro Stunde erhöht. Die Stundenlöhne steigen um 6 Pfennig. In Chemnitz wird die Arbeitszeit von 55 auf 53 Stunden verfürzt. Der Mindestlohn wird sofort auf 46 Pfennig erhöht und steigt sich in Raten bis auf 51 Pfennig pro Stunde. Alle Stundenlöhne werden ratenweise um insgesamt 7 Pfennig erhöht. — In Laage wurde eine Verfürzung der Arbeitszeit während der Vertragsdauer von 57 auf 54 Stunden erreicht. Der Durchschnittslohn steigt schrittweise von 41 auf 51 Pfennig pro Stunde und die Stundenlöhne um 7 Pfennig.

Ueber die Differenzen in den übrigen Städten wird teilweise zwischen den Zentralverbänden resp. der zentralen Verhandlungskommission, teilweise auch in den einzelnen Orten oder zwischen den Parteien in Berlin weiter verhandelt. Die Ortsvertreter aus Bremen, Kehlheim, Neumünster und Verford sind noch in Berlin zusammen. Die Bremer Ortsparteien haben beschlossen, sich eventuell einem Schiedsspruch der zentralen Verhandlungskommission zu fügen.

In Stuttgart haben die Arbeiter in einer großen Versammlung die Abmachungen angenommen.

Ein großer Tarifkampf der Former und Giebereiarbeiter ist in Chemnitz, der Stahl- und Eisenstadt, dem sächsischen Manchester, ausgebrochen. Das ungenügende Verhalten der Unternehmer hat ihn herausgelockt. Seine Kollegen sind noch nicht abzuweichen. Zunächst sind etwa 3000 Arbeiter beteiligt. Die Unternehmer werden aber möglicherweise die anderen Arbeiter oder einen großen Teil aufspüren; jedenfalls sprechen Neuwerbungen von Unternehmerseite dafür. Daß und es an Aufmahnung, und die Gießer, Bohrer, Dreher und andere Arbeiter müssen dann auch sein. Die Lohn-, Arbeits- und Betriebsverhältnisse, auch die Behandlung in den Betrieben der Stadt Chemnitz, sind schon seit Jahrzehnten hinsichtlich schlecht. Bisher war es aber infolge schwacher Organisation der Metallarbeiter nicht möglich gewesen, mit den Unternehmern ein ernsthaftes Wort zu reden, in einen großen Kampf einzutreten. Mit Organisationarbeit, besonders in den letzten Jahren, stärkte die Organisation derart, daß nun endlich der Zeitpunkt gekommen war, Forderungen an die Unternehmer zu stellen. Am 20. Februar wurden sie an 30 Unternehmer gerichtet; auch an den Vorständen des Verbandes Chemnitzer Metallarbeiter. Ein Unternehmer bewilligte, die anderen, soweit sie überhaupt antworteten, verwiesen auf den Industriesverband. Dessen Vorsitzender aber verweigerte die Annahme des vorgelegten, geschrieben gesandten Schreibens! Schon lange hatten die Arbeiter zum Kampfe gedrängt, der Verband hatte alle kräftigen Mittel verfrachtet, um dem Kampf aus dem Wege zu gehen. Nun aber gab es keinen Halt mehr. In 15 Versammlungen nahmen die Arbeiter Stellung; in den am 6. und 7. März abgehaltenen wurde gegen vereinzelte Stimmen in schriftlicher Abstimmung der Streit beschlossen; dasselbe wird in den letzten, am 8. März stattfindenden geschehen. Am Tage nach der Versammlung fanden und stehen die Giebereibetriebe still. 75 Prozent sind die Former und Giebereiarbeiter organisiert. Kampfkommission herbeigeholt. Die gesamte Arbeiterkraft steht auf der Seite der kämpfenden Arbeiterbrüder, denen bei der guten Konjunktur, die herrscht, bald der Sieg zufallen muß. — Zugang fernhalten!

Achtung, Maschinenisten und Geiger! Die Maschinenisten und Geiger auf der Ober haben an sämtliche Dampf-Hörschiffredereien und Dampfseilfähre-Forderungen eingereicht. In Frage kommen 50 Maschinenisten und Geiger. Die Lohnbewegung erstreckt sich auf den gesamten Stromlauf der Ober.

Ausland der Arbeiter in Paris. In Paris hat sich infolge des Ausbruchs der Arbeiter ein recht empfindlicher

Mangel an Milch sichtbar gemacht. Die Zufuhr an Milch ist nur sehr gering. Am 9. Uhr Morgens lehte es am Mittwoch noch immer in fast allen Stadtvierteln an diesem wichtigen Nahrungsmittel. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht zu verzeichnen. Man glaubt, daß der Mangel nicht von langer Dauer sein wird.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Girsberg, 9. März. Eigenartige Todesursache. Ein eigenartiger Vorfall hat sich in den Sechstäten ereignet. Der 10jährige Sohn des Arbeiters Hartwig hatte einen Kranken Zahn, den man mit einem bunten Farnzahn aus ungewollter und herausschickte. Der Zahn enthielt Giftstoffe, sodaß das Kind trotz ärztlicher Hilfe der eingetretenen Blutvergiftung erlag.

Warmbrunn, 9. März. Töblicher Unglücksfall. Der seit vielen Jahren beim hiesigen Zöllneramt tätige Obermonteur Friedrich Rogalsch fand einen tödlichen Tod durch einen Unglücksfall in der Papierfabrik zu Fodenbof, wo er mit dem Montieren eines Umbaus beschäftigt war. Durch Herabfallen eines schweren Eisentisches wurde er darauf in den Rücken getroffen, daß er kurze Zeit nach dem Unfälle gestorben ist.

Striegau, 9. März. Tragisches Ende. Erstickt ist am Dienstag gegen Abend der 21jährige Steinarbeiter Paul Seeliger aus Gräben in der Destillation auf der Höhenriedbergstraße. Er war beim Löschen zur Musterung gewesen, hatte sich unterwegs etwas Herdesfleisch gekauft und ist daran in der Destillation erstickt.

Volkshain, 9. März. Der richtige Kandidat. In einer hier abgehaltenen Versammlung der konservativen Vertrauensmänner der Kreise Jauer, Volkshain und Landeshut wurde Ambricht Warmuth-Jauer als Kandidat der konservativen Partei für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt. Der Warmuth gehörte früher dem linken Flügel der national-liberalen Partei an, stand um die Zeit der vorjährigen Erziehung auf dem rechten national-liberalen Flügel, erklärte vor etwa 14 Tagen, nachdem er noch einer Versammlung des national-liberalen Vereins — dessen stellvertretender Vorsitzender er war — begehrt hatte, schriftlich seinen Austritt aus der national-liberalen Partei und ist jetzt im konservativen Lager angelangt.

Schneller kann ein Chamäleon auch nicht seine Farbe wechseln. Es muß aber erst noch abgewartet werden, ob der vielfarbige Kandidat dem Zentrum paßt.

Posen, 9. März. Einbrecher und Polizeispitzel. Wegen eines unter eigenartigen Umständen erfolgten Einbruchversuchs hatte sich der Arbeiter Franz Michaleczak, genannt der „rote Franz“, vor der hiesigen Strafammer zu verantworten. Der Einbruch sollte bei der Firma Gebr. Mische verübt werden, er wurde aber von der Polizei verhindert, da die von einem jungen Menschen von dem geplanten Verbrechen rechtzeitig benachrichtigt worden war. Zwei Schußleute verhafteten sich in dem Geschäftsfloß der Firma und es gelang ihnen, die Einbrecher, nachdem diese die Tür nachts mit einem Dietrich geöffnet hatten, dingfest zu machen, wobei einer der Schußleute den Angeklagten durch einen Schuß nicht unerheblich verwundete. Sein Komplize, der Arbeiter Wobal ist wegen dieser Sache bereits zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Michaleczak hatte sich infolge seiner Verwundung erst jetzt zu verantworten. Er gab an, von einem Spitzel zu dem Verbrechen angeleitet worden zu sein, von dem er nur den Vornamen Stephan kenne. Dieser Dritte habe auch vor dem Gericht die Firma gelehrt. Er sei seiner Ansicht nach ein Polizeispitzel gewesen. Die Kriminalpolizei erklärte, daß der gesamte Einbruch für von einem gewissen Polizeispitzel gemeldet worden sei. Geld habe er für diese oder ähnliche Verbindungen nicht bekommen. Der angeklagte Polizeispitzel verweigerte auf die Frage, ob er selbst an dem Einbruch beteiligt war und ob er den Angeklagten auf dem Heim gelockt habe, die Antwort, er gibt aber zu, daß er sich oft vom Polizeipräsidium Geld geholt habe. — Der Gerichtshof nahm als nicht erwiesen an, daß Polizeispitzel den Angeklagten zum Diebstahl verleitet habe und verurteilte Michaleczak zu 9 Monaten Gefängnis.

Aus der verweigerten Aussage des Polizeispitzels Brzycki, aus der die beiden Angeklagten zu dem Einbruch angeleitet habe, und aus der Tatsache, daß Br. sich oft vom Polizeipräsidium Geld geholt hat, können unsere Leser ihre Schlüsse über die Tätigkeit der Posener Polizei selbst ziehen.

Bombenberg, 9. März. Selbstmord eines Offiziers. In der Nacht zum Dienstag hat ein Leutnant der hiesigen Garnison, der in der letzten Zeit eine hochgradige Nervosität zur Schau gemacht haben soll, Selbstmord durch Erhängen verübt.

Witkowo, 9. März. Verbrannt. Das zweijährige Töchterchen des Arbeiters Korach in Witkowo kam, als die Mutter nur aus einem Augenblick das Zimmer verlassen hatte, dem brennenden Ofen zu nahe, sodaß die Kleider Feuer fingen. Bei der Rückkehr der Mutter fand das Kind in hellen Flammen. Trotz sofortiger Hilfe erlitt das Kind den schweren Brandwunden.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Graf. — Redaktion und Expedition: Neue Wapenstraße 7. — Verlag von Oscar Schus. — Druck von Th. Schacht, G. a. S. — sämtlich in Breslau. — Hierzu 2 Beilagen.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkrankte Kufeke Nahrung für: Kinder- sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Oetkers Rezepte



Albert-Biskuit.

Zutaten: 125 g Butter, 4 Eier, 250 g Zucker, 1 Päckchen von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, 750 g Mehl, 1 Päckchen von Dr. Oetker's Backpulver.

Zubereitung: Die Butter rühre zu Sahne, gib Eier, Zucker und Vanillin-Zucker hinzu und zuletzt das mit dem Backpulver gemischte Mehl. Man rolle den Teig 2 Messerrücken dick aus und steche mit einem weinglässigen Scheibenaus, die mit einer Stricknadel durchstochen werden oder über die man ein Reibseln drückt. Auf einem mit Butter abgeriebenen Blech werden die Scheiben gebacken gebacken und nach dem Erkalten in einer Blechdose aufbewahrt.

Diese Biskuits sind ein beliebtes Teegebäck. In Milch aufgeweicht bieten sie eine besonders gute Speise für Kinder.

Freitag, den 10. März 1911.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. März.

Geschichtskalender.

10. März.

1788 Der Dichter Eichendorff auf Lubowitz bei Ratibor.

Öffentliche Volks-Versammlung.

Sonntag, den 12. März,

Vormittags 11 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses,

Genosse **C. Wurm**, Berlin,

spricht über

Volks-Ernährung, Volks-Einkommen und Volks-Besteuerung.

Der wichtige, materialreiche Vortrag läßt einen starken Reiz auf der Versammlung erwünscht erscheinen.

Ludwig Schröder in Breslau.

Eine erwartungsvolle Menge hielt am gestrigen Abend alle Stühle des Gewerkschaftshauses besetzt und drängte sich besonders dicht um das Podium der Redner zusammen, was man doch gekommen, um Ludwig Schröder zu begrüßen, einen von jenen, denen der bürgerliche Staat am härtesten mitgepflegt hatte, als er für seine Kameraden und Genossen die Fahne erhob. So hatten sich die Massen eingefunden, welche damals schon alle Pfaffen des Schredensprozesses bebend mitterlebten, dann die Jüngeren, die erst das neue Verfahren auf jenes Drama hingeworfen hatte, auch viele Bürgerliche, die es kaum für möglich hielten, wie ein vom Schicksal so grausam gepeinigter Mann heute noch ungebrochen in den Reihen seiner Gesinnungsfreunde kämpfen kann. Warmer Beifall begrüßte ihn, als er den Saal betrat und begleitet ihn durch die Reihen auf seinem erhöhten Platz. Schlicht und einfach, noch ganz der Bergmann von ehemals, erzählt Schröder die Geschichte seines politischen Lebens, mühsam sucht er manchmal die Ausdrücke, aber nirgends fällt es ihm ein, auch nur ein schimpfendes Wort auf die Menschen zu legen, die ihm so bitteres Unrecht zugefügt. Wohl zittert die Erbitterung über manchen der Seldnen nach, die damals klirrend über das Glück von sechs Familien schritten — aber hinabsteigen zu ihrer Verwirrtheit, das bringt Schröder nicht fertig, jetzt am wenigsten, wo zu der innerlichen Rehabilitierung, zu der Rechtfertigung vor den Gesinnungsfreunden, auch die Freude über die Rehabilitierung vor der bürgerlichen Gesellschaft getreten ist. Aber er verzichtet deshalb nicht darauf, die ungeheuerlichen Folgen aufzuzeigen, die sich aus der leider so häufigen höheren Bewertung von Zeugenausagen der Uniformierten ergeben, und wenn es ihm gelungen ist, in diesen Krebschaden der Justiz einen tödlichen Stich zu tun, dann will er nicht umsonst geklungen haben. Immer wieder hebt er hervor, daß er es ja nicht allein war, der da jahrelang unter den Seelenqualen der unschuldigen Zuchthausstrafe sich gekrümmt, sondern daß da Kameraden sind, die es noch schwerer getroffen hat als ihn, und mit Dankbarkeit gedenkt er der Hilfe, die den verlassenen Familien damals auch von Breslau aus geworden ist. Und bei jedem Worte des schlichten Alten leuchtet der gerade, grundehrliche Charakter hervor, der es nur noch rätselhafter macht, wie verdienstete Richter diesen Mann auf Jahre ins Zuchthaus werfen konnten.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Wie alt sind die ägyptischen Mumien? Ueber das Alter der frühesten ägyptischen Mumien und die Entstehung der Kunst der Mumifizierung veröffentlicht Dr. Elliott Smith in den Schriften der Glasgower Philosophischen Gesellschaft einen interessanten Aufsatz. Als Professor der Anatomie an der Regierungsschule für Anatomie in Cairo hat er sich mit diesem Thema eingehend beschäftigt. Er glaubt, daß die Entdeckung einer Möglichkeit, die Körper der Toten unverletzt zu erhalten, zunächst ganz zufällig gemacht wurde, denn die engen Fächer im heißen, trockenen Sand, die in der prähistorischen Zeit Ägyptens als Gräber dienten, trockneten die Körper aus, ohne sie zu beschädigen. Zudem existierte das „Natron“, d. h. jene Soda-lake, die das wichtigste Mittel zur Mumifizierung waren, in den Wästen auf beiden Seiten des Nils, wo die früheren Bewohner ihre Toten begruben, in außerordentlich großen Quantitäten; die konservierenden Eigenschaften dieser Salze konnten also nicht lange unbekannt bleiben. Was das vielumstrittene Alter der ersten ägyptischen Mumien anbelangt, so ist die älteste im Museum von Kairo befindliche Mumie nicht älter anzusehen als an das Ende der 17. Dynastie, also um 1580 v. Chr. In den letzten Jahren sind aber zwei Mumien ausgegraben worden, die aus der Zeit der 10. und 11. Dynastie stammen, also etwa aus dem Jahre 2100 v. Chr. Aus der Tatsache, daß das mumifizierte Fleisch dieser Körper zu Pulver zerfiel, als sie berührt wurden, erklärt Dr. Smith den Grund, warum Mumien aus so früher Zeit so selten sind. Die frühesten und bekanntesten Mumien ist nach seiner Ansicht die im Museum des Londoner Royal College of Surgeons ausgestellte, die ihre Erhaltung dem Umstande verdankt, daß sie in einer Art von Hülle aus einer harzartigen Substanz aufbewahrt war, also gleichsam wie eine Fliege im Bernstein lag. Eine von Prof. Petri zu Madrid vor 12 Jahren aufgefundenen Mumie gehörte übrigens der 5. Dynastie an, kannte also von etwa 2700 v. Chr. Die ersten Begräbnisse der Ägypter im Mumifizieren werden wahrscheinlich noch sechs bis sieben Jahrhunderte vor dieser Zeit anzusetzen sein.

600 000 Mark für ein Porträt von Tizian. Sir Hugh Lane hat das Bildnis eines jungen Mannes von Tizian für 600 000 Mark an einen englischen Sammler veräußert. Diese Rekordsumme ist sensationeller als alle ähnlichen. Zunächst, weil es sich nicht um ein figuralreiches Werk handelt, dann, weil es nicht ein hartnäckiger amerikanischer Milliardär ist, der den Preis zahlte, und schließlich weil der Verkäufer das Bild vor noch nicht fünf Jahren für 420 000 Mark gekauft hat.

Aus aller Welt.

Eine großartige Flugleistung. Der französische Aviatiker Renaud startete am Dienstag um den 100,000 Francs betragenden Michelinpreis. Renaud stieg um 9 Uhr Vormittags in St. Cloud bei Paris auf. Es glückte ihm nach einer Flugzeit von fünf Stunden 8 Min. auf dem 1165 Meter hohen Gipfel des Puy de Dome vorwärtsmäßig zu landen. Da der Flug innerhalb der Maximalzeit von sechs Stunden ausgeführt wurde, fällt dem Flieger der wertvolle Preis zu. Renaud gehört zu den jüngeren französischen Aviatikern und hat sich bisher durch keine besonderen Leistungen ausgezeichnet. Der Michelinpreis war für einen Flug mit Passagier von Paris oder einem anderen Orte des Departements Seine über St. Cloud nach Clermont Ferrand in der Auvergne und nach dem Puy de Dome, auf dessen Gipfel die Landung erfolgen soll, ausgesetzt. Im Vorjahre hatte der Aviatiker Weymann am 7. September bereits einen Versuch gemacht, den Preis zu erringen, der aber infolge eines Defektes schiefging.

Der Aviatiker Renaud selbst erzählt von seiner Fahrt auf den Puy de Dome folgendes: „Als ich vor ein paar Tagen die Gegend ansah und zu Fuß nach dem Puy de Dome hinaufstieg, habe ich dem Direktor des Observatoriums auf dem Gipfel versprochen, bald wiederzukommen. Ich habe mein Versprechen gehalten; wenn auch anders, als er es meinte. Ich verdanke meinen Erfolg meinem ausgezeichneten Farmanapparat, meinem Motor und meinem Freund und Begleiter Senouque, der mir ein trefflicher Führer und Begleiter war. Von Saint Cloud bis Montargis hatten wir Nebel. Die Fahrt war fast und angenehm. In Nevers machten wir kurze Station. Von hier aus ging es besser. Wir konnten die Gegend erkennen und brauchten uns nicht nach dem Kompaß zu orientieren. Inzwischen Routins und Gannat wurden mir tüchtig vom Winde geschüttelt. Ich glaube schon, wir müßten die Fahrt ausgeben. Dann stiegen wir auf 700 Meter Höhe empor, wo es ruhiger war. Wir hatten aber wieder Nebel. Wir suchten den Dom

den Schöder vom Halle zu schaffen, der verlor mich schon den ganzen Tag. Ich wurde darauf von dem Gendarm Münter an der Schulter gefaßt, um hinausgeführt zu werden. Ich ging freiwillig; als ich mir aber an der Kasse mein Eintrittsgeld wollte wiedergeben lassen, bekam ich von Münter einen Stoß und als ich mich kaum vom Boden erheben konnte, den zweiten Stoß. Ich blieb indes vollkommen ruhig, entfernte mich schleunigst und machte auch meine Kameraden darauf aufmerksam, daß man nur Material für die Unsturzvorlage sammeln sollte. Am anderen Tage aber habe ich den Fall in der „Bergarbeiterzeitung“ geschildert und gleichzeitig Anzeige gegen Münter erstattet. In verschiedenen Prozessen haben insgesamt 23 Personen die Vorgänge genau so geschildert, als ich hier und in dem Prozeß gegen den Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“. Unter ihnen hat man sieben herausgefunden, um ihnen den Prozeß zu machen und auf das Zeugnis des einen Münter hin wurden 12 1/2 Jahre Zuchthaus über uns verhängt, trotz aller entgegenstehenden Zeugnisaussagen. (Stürmische Entlassungsaussagen).

Ich bin im Zuchthaus nicht ein geknickter Mensch gewesen, ich habe die Zeit vielmehr mit der Geradheit eines Charakters getragen, der an den entgiltigen Sieg des Rechts glaubt. Wenn mir freilich am Anfang meiner Strafe jemand gesagt hätte, ich würde nach einem Jahre noch im Zuchthaus sein, ja ich würde 2 1/2 Jahre noch verbüßen müssen, dem hätte ich ins Gesicht gelacht. Ich hatte zuhause eine liebe Frau und zahlreiche Kinder. Ich hatte Freunde, die meine Unschuld kannten und nichts unerleuchtet lassen würden, um den Fall aufzuklären. Aber alle ihre Bemühungen sollten umsonst bleiben. Dabei mußte der Staatsanwalt doch bekannt sein, was sie an Münter für einen Kronzeugen gehabt hätte. Seine Hausarbeiten sagten doch, daß er mit dem Säbel schon viel Unheil angerichtet und daß er zweimal Unterlassungen im Amte verübte. Zwei Mädchen, denen er die Heirat versprochen, hatte er um je 300 Mark gebracht und das Geld mit licherlichen Dingen folgeschlagen. Trotz alledem aber war sein Schwur nicht zu erschüttern. Seit ist Münter tot, das System Münter aber lebt noch. Überall gilt vor Gericht die Auslage des einfachen Bürgers weniger, als die des uniformierten Beamten. Und noch heute würden wir auf unsere Rehabilitierung warten, hätte Münter sich nicht in Berlin in seinem eigenen Netz gefangen. Wir haben unsere Zeit voll verleben müssen, aber, Genossen, hätte ich einen Meineid geschworen, ich würde nie wieder vor Tausende hingetretten sein; ich hätte mich still beiseite gedrückt und mich auf der Weltbühne nie mehr sehen lassen. Unter gutem Gewissen hat uns über manches hinweggeholfen, aber eine Kleinigkeit ist es nicht, zuhause eine Frau und zahlreiche Kinder zu haben, denen die bürgerliche Welt noch obendrein bei jeder Gelegenheit fälschlich läßt, daß der Vater ein Verbrecher ist. Tragallem: In der Haut eines Münter hätte ich nicht stehen dürfen und sein Gewissen hätte ich um alles in der Welt nicht haben wollen. Ich habe mich im Zuchthaus den Tag über müde gearbeitet, um bei Nacht schlafen zu können und über mein Gesicht nicht nachgrübeln zu brauchen. Aber draußen ging der Kampf weiter. Andere traten an meine Stelle und füllten die Lücken aus.

Genossen, auch hier in Breslau ist ein heißer Boden. Ihr wißt, wie man der „Volkswacht“ schon mitgeholfen hat, und ihr wißt, daß das Blut ehrlicher Bürger bereits auf der Straße geflossen ist. Wollt ihr etwas tun, was mir und meinen Kameraden Freude bereitet, dann schließt eure Kampferreihen immer fester. Denn wir die verflochtenen 15 Jahre Überhau und denken, daß es ebenso und noch rührender weiter gehen wird, dann winkt uns die Zukunft hegesicher. Deshalb schließt die Reihen und wenn die nächsten Reichstagswahlen Euch den Sieg bringen, dann werden wir die Empfindung haben, daß unser unschuldig erlittenes Leid auch Euren Sieg mit vorbereiten half. (Stürmischer Beifall).

Im Anschluß hieran wies Genosse Müller noch auf die empörende Behandlung hin, die einem der Verurteilten, Gräf, im Zuchthaus widerfahren ist. Auf ihm wurde dort die Prügelstrafe vollzogen. (Stürmische Pfutzrufe.) Gräf hat hernach den heimatischen Staub von sich geschüttelt und auch seine Rehabilitierung nicht mehr erlebt. Weiter wies Redner auf verschiedene Vorkommnisse hin, die sich im Breslauer Justizgebäude abgespielt haben und die zeigten, daß der Geist, der in Offen das Zuchthausurteil zutage gebracht, auch hier zu Hause ist. Mit einem lebhaften Appell zur fleißigen Organisationsarbeit schloß Genosse Schütz die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, dem aus der Versammlung heraus Hochrufe auf Schröder folgten.

Man hat hier und da den Erfolg der Essener Bergleute im Wiederaufnahmeverfahren als einen Beweis für

von Clermont Ferrand, das war aber ein vergebliches Bemühen. Hinter Rom gingen wir auf 1200 Meter, und da sahen wir plötzlich den Turm. Wir schoben an ihm vorbei, stiegen auf 1900 Meter und sahen auch schon den Landungsplatz auf dem Puy de Dome. Im Augenblick waren wir da, kletterten aus dem Apparat, und ich hatte hunderttausend Francs gewonnen.

Indische Studien. Die Ordnungspresse hatte lebhaft behauptet, daß in den Berichten über die indische Kronprinzessinreise so sehr viel von Festen, Spielen, Jagden und Empfängen, aber nur wenig von ernsthaften Studien die Rede war. Diesem Mangel soll jetzt vor besonderen Freude aller Patrioten abgeholfen werden. In dem letzten Berichte heißt es:

„Sehr interessiert zeigte sich der Kronprinz bei diesem Besuche (einer Zurechtweisung) für die Verhältnisse der eingeborenen Arbeiterkategorie. In dem Betriebe waren in großer Zahl Frauen und Kinder beschäftigt und der Kronprinz ließ sich genaue Daten geben über die Länge der Arbeitszeit und die Höhe des Lohnes der verschiedenen Arbeiterkategorien. Die Verhältnisse sind gar nicht so von den europäischen sehr verschieden, und die Löhne selbst für orientalische Verhältnisse erstaunlich niedrig. . . . Der Kronprinz unterhielt sich mit mehreren der Arbeiter über ihre persönlichen Verhältnisse, scherzte mit den kleinen schwarzen Pandianern, die fast ganz nackt in den weiten Maschinenhallen herumstolten. Einige von ihnen streute er mit Geldbesenken. Nach mehr als einwöchigem Aufenthalt in den Fabrikanlagen verabschiedete sich dann der Kronprinz von den Fabrikleitern sehr befreundet von seinem Besuch, der ihm einen äußerst interessanten und lehrreichen Einblick in das innere Getriebe des indischen Wirtschaftslbens verschafft hatte.“

Hochgeborene sind immer so reich begnadet, daß ihnen 60 Minuten genügen, um lehrreiche Einblicke in das innere Getriebe des indischen Wirtschaftslebens zu gewinnen!

Ein auffälliger Junke. In der „Kronzeitung“ spricht ein Herr v. Hoffmann noch ein Wort zur Reichenverehrung. Und also entringt es sich aus der Tiefe eines frommen Gutmens: „Es ist ein Mensch geworden, sei es auch ein Selbstgemachtes. Sie haben mir Menschen den Körper seinem Schöpfer ohne jedes Hinauszuwerfen. Dies aber kann nur nur durch eine Verfassung in die Erde geschehen. Alles gewalttätige Verfahren mit dem Körper des Toten ist ein Eingriff in das, was Gott sich selbst vorbehalten hat. . . . Damit, daß der Körper des Toten gewalttätig vernichtet wird, tut der Mensch etwas, was ihm nicht zukommt. Durch den Tod Christi sind alle Lebenden, aber auch alle Toten in seine Hand

Demokratische Kandidatur für Breslau-Ost.

Die Demokratische Vereinigung hat am Montag beschlossen, für den Wahlkreis Breslau-Ost den Prediger der hiesigen Protestanten-Gemeinde, Herrn Gustav Tschirn, als Kandidaten aufzustellen.

Wir würden diese Kandidatur sowohl im Interesse der klaren politischen Grenzcheidung in Breslau als im Interesse des Herrn Tschirn bedauern, der sich doch auch in sozialdemokratischen Arbeitkreisen großer Beliebtheit erfreut.

Der nächste Zahlabend ist am Montag, den 13. März, Abends 8 Uhr, in den bekannten 32 Lokalen. Diesmal besonders ist ein guter Besuch aller Mitglieder zu erwarten.

Die beleidigte Breslauer Polizei. Wegen Beleidigung der Breslauer Polizei wurde heute Genosse Wolff zu 60 M. Geldstrafe verurteilt.

Das Arbeiter-Sekretariat ist im Monat Februar von 870 Personen besucht worden. Davon waren 1.000 Arbeiter, 814, und 666 Arbeiterinnen.

Die Breslauer Gruppe des Deutschen Freidenkerbundes (Verein 'Freie Gedanken') beendete in ihrer Sitzung vom 7. März endgültig, Mittwoch, den 5. März, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Arbeitervereins, Neue Gasse 25, einen öffentlichen Vortrag zu veranlassen.

Der hiesige Landverein für Frauenstimmrecht. Die Gruppe Breslau, veranstaltet Montag, den 13. März, Abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Hotel Union, Neuschloßstraße 51/52, einen öffentlichen Vortrag.

Die Sektionsleitung. Der Orchesterverein veranstaltet am Freitag im Konzertsaal des VIII. (alte) vollständige Sinfonie-Konzert (ein Beethoven- und Wagner-Abend).

Der Orchesterverein. Die Sektionsleitung. Der Orchesterverein veranstaltet am Freitag im Konzertsaal des VIII. (alte) vollständige Sinfonie-Konzert.

Die Sektionsleitung. Der Orchesterverein. Die Sektionsleitung. Der Orchesterverein veranstaltet am Freitag im Konzertsaal des VIII. (alte) vollständige Sinfonie-Konzert.

Die Sektionsleitung. Der Orchesterverein. Die Sektionsleitung. Der Orchesterverein veranstaltet am Freitag im Konzertsaal des VIII. (alte) vollständige Sinfonie-Konzert.

Die Sektionsleitung. Der Orchesterverein. Die Sektionsleitung. Der Orchesterverein veranstaltet am Freitag im Konzertsaal des VIII. (alte) vollständige Sinfonie-Konzert.

Die Sektionsleitung. Der Orchesterverein. Die Sektionsleitung. Der Orchesterverein veranstaltet am Freitag im Konzertsaal des VIII. (alte) vollständige Sinfonie-Konzert.

Bei die erste Aufführung der mit dem Hellbarzer-Presse gebräuteten Tragödie 'Glaube und Heimat' von Karl Schönbauer.

Die Aufführung der mit dem Hellbarzer-Presse gebräuteten Tragödie 'Glaube und Heimat' von Karl Schönbauer.

Schauspielhaus. In neuer Einleitung wird Donnerstag die Missdächtige Operette 'Der Heißhunger' gegeben.

Die Kostümfraue der Schauspielerinnen. Zum Feste des Kostümfestes für weibliche Bühnenarbeiterinnen wird am Sonntag, den 19. März, eine Matinee im Kammermusiksaal veranstaltet.

Zum Raubmord auf der Taschenstraße. Der Vater des verurteilten Handwerkers Arthur Peipe bittet uns mitzuteilen, daß sein Sohn nicht 20, sondern 19 Jahre alt ist.

Unfall beim Turnen. In der Turnhalle Siebenbürgenstraße verunglückte Mittwoch Nachmittag beim Freispringen der Volksschülerin Dalmann, erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes.

Vom Erstickungstode ereignet wurde Mittwoch Mittag das 4-jährige Söhnchen eines in einer Kellerwohnung des Hauses Sadownastraße 64 wohnhaften Arbeiters.

Mit Katroulauge vergiftet hat sich am 4. März der 19-jährige Sohn Hans des Hausbesitzer 47 wohnenden Steinwegers Wilhelm.

Fürklindiebstahl. Vor einigen Tagen wurde von dem Hause Fürststraße 39 eine Handtasche mit Geld und Papieren gestohlen.

Schwarzbierdiebstahl. Selbst die Wägen der Spielwägen sind vor den Diebstahl nicht mehr sicher.

Zur Ermittlung eines Metalldiebes. Die Diebstahle von Metall, Eisen und Kupfer haben in der letzten Zeit umfänglich überhand genommen.

Abhanden gekommen ist am 5. d. Mts. einem Arbeiter aus der Gasse ein 500 Markeschein.

Gefunden wurden vier Portemonnaies mit Inhalt, ein Ausgekl. ein Mantel, ein Fahrrad, ein schwarzer Trenchcoat und mehrere Boas.

Schlesien, Polen und Nachbargebiete.

Gnesen, 9. März. Wer nicht abonniert, wird arretiert! Diesen Satz gebraucht vor kurzem eine Posener Zeitung mit Bezug auf das neugegründete 'über den Parteien stehende' Großagrariersblatt.

Den Guts- und Gemeinde-Vorsteher ersuche ich um Feststellung und Mitteilung binnen 8 Tagen, wie viel abhende Abonnenten auf die 'Ostdeutsche Warte' daselbst vorhanden sind.

Diese Notiz wird noch besonders interessant, wenn man bedenkt, daß außer anderen hohen Beamten der Landrat des Kreises Polen-West, Abgeordneter Tilly, mit 200.000 Mk. an dem Blatte finanziell beteiligt ist.

Neueste Nachrichten. Verdächtige Lehrer. Dresden, 9. März. Auf Anordnung des kaiserlichen Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts wurde eine große Anzahl schlesischer Lehrer amtlich vernommen.

Aufgelöste Jugendorganisation. Gnesen, 9. März. Die hiesige sozialdemokratische Jugendorganisation wurde vom Polizeipräsidenten auf Grund des Reichsverordnungs wegen aufgelöst.

Verdächtige Lehrer. Dresden, 9. März. Auf Anordnung des kaiserlichen Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts wurde eine große Anzahl schlesischer Lehrer amtlich vernommen.

Aufgelöste Jugendorganisation. Gnesen, 9. März. Die hiesige sozialdemokratische Jugendorganisation wurde vom Polizeipräsidenten auf Grund des Reichsverordnungs wegen aufgelöst.

Aufgelöste Jugendorganisation. Gnesen, 9. März. Die hiesige sozialdemokratische Jugendorganisation wurde vom Polizeipräsidenten auf Grund des Reichsverordnungs wegen aufgelöst.

Aufgelöste Jugendorganisation. Gnesen, 9. März. Die hiesige sozialdemokratische Jugendorganisation wurde vom Polizeipräsidenten auf Grund des Reichsverordnungs wegen aufgelöst.

Ein furchtbares Verbrechen.

Wien, 9. März. In der Vorstadt Colonna von Josef in Rumänien ist ein selten schreckliches Verbrechen verübt worden. Der Gemeinderat Constantin wurde von seiner eigenen Frau, deren Eltern und deren Brüder auf furchtliche Weise ermordet.

Kinematographentheater-Brand.

London, 9. März. Wie hiesige Blätter berichten, ist in einem großen Kinematographentheater in Altrants in Portugal ein Brand ausgebrochen.

Sturm und Unwetter.

Brest, 9. März. An der bretonischen Küste herrscht heftiger Sturm, der überall großen Schaden angerichtet hat.

Die amerikanische Mobilisierung.

New York, 8. März. Die 20.000 Mann der amerikanischen Truppen, die gestern Abend mobilisiert und nach Texas an die mexikanische Grenze dirigiert worden sind, stellen fast ein Viertel der Armee der Vereinigten Staaten dar.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with 10 columns: Station, Water level, etc. for the Oder river. Includes stations like Glogau, Breslau, and others.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 9. März. Holzarbeiter. Verammlung. Großer Saal. Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung.

B. Durra, Friedbergstr. 57, Gelegenheitskaufhandl. für Damen und Kinder-Kaufhandl.

Abzahlungsgechäfte, Möbel u. Waren-Einstellungshandl. gegen bar und auf Zeitzahlung.

Alkoholfreie Getränke, Bilz-Sinalco, Brauerei, Wein, Bier, etc.

Bäckereien und Konditorien, Bäckerei, Konditorei, etc.

Färberei u. Wäscherei, Färberei, Wäscherei, etc.

Friseur- und Barbieren, Friseur, Barber, etc.

Garten- u. Spielwaren, Garten, Spielzeug, etc.

Grabenmäler, Grabmal, etc.

Grammophon- u. Rechenmaschinen, Grammophon, Rechenmaschine, etc.

Haus- u. Küchengeräte, Glas- u. Porzellanhdlg., Hausgerät, Küche, etc.

Herrn-Garderobe, Herren-Kleidung, etc.

Hochzeitsgeschenke, Hochzeit, Geschenke, etc.

Hüte und Mützen, Hüte, Mützen, etc.

Hygienische Toilettenartikel, Hygiene, Toiletten, etc.

Japanische Präparate u. Essenzwaren, Japan, Präparate, etc.

Korsetts, Korsett, etc.

Lederwaren und Sattlerei, Leder, Sattler, etc.

Linoleum, Wachsleuchte, Linoleum, Leuchte, etc.

Malzkaffee, Malz, Kaffee, etc.

Milch- u. Butterhandlungen, Milch, Butter, etc.

Musik-Instrumente, Musik, Instrumente, etc.

Nähmaschinen, Nähmaschine, etc.

Optiker, Optiker, etc.

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe, Pfand, Leihen, etc.

Photographische Ateliers, Photographie, Ateliers, etc.

Photographische Bedarfsartikel, Photographie, Artikel, etc.

Restaurateure, Restaurant, etc.

Seifengeschäfte, Seife, etc.

Trauer-Kleidung, Trauer, Kleidung, etc.

Uhren und Goldwaren, Uhren, Gold, etc.

Vereins-Verlosungen, Verein, Verlosung, etc.

Er scheint 3mal wöchentlich, Bezugsquellen-Verzeichnis.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrradhandl., Fahrrad, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad, Nähmaschine, etc.

Hygienische Artikel, Gummilwaren aller Art, Damen-Bedienung separat, nur bei M. Schröpel, Neze Graupenstr. 3, I. Etg.

Jungbier-Verkauf, Jungbier, Verkauf, etc.

Kaffee, Tee, Kaffee, Tee, etc.

Gewaltig, Heinrich, Gewaltig, Heinrich, etc.

Pohl, B., Pohl, B., etc.

Kinematographen, Kinematograph, etc.

Kleidstoffe, Seldwaren, Kleidstoff, Seldwaren, etc.

Hecht & David, Hecht & David, etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Söhmann, P., Söhmann, P., etc.

Röhren u. Srikette, Röhren, Srikette, etc.

Reich, Johann, Reich, Johann, etc.

Kolonialwaren, Kolonialwaren, etc.

Serganus, Heinrich, Serganus, Heinrich, etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Schneider, M., Schneider, M., etc.

Ben Refern bei Einkäufen empfehlen, Ben Refern, etc.

Möbel-Magazine, Möbel, Magazine, etc.

Binse, Zimmer, Binse, Zimmer, etc.

Riedel, Ed., Riedel, Ed., etc.

Nähmaschinen, Nähmaschine, etc.

Musik-Instrumente, Musik, Instrumente, etc.

Optiker, Optiker, etc.

Heidrich, Stadtheater, Heidrich, Stadtheater, etc.

Papier- und Schreibwaren, Papier, Schreibwaren, etc.

A. Wollmann, A. Wollmann, etc.

Wertheim, Fritz, Wertheim, Fritz, etc.

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe, Pfand, Leihen, etc.

Herold, H., Herold, H., etc.

Photographische Ateliers, Photographie, Ateliers, etc.

Andri, Emil, Andri, Emil, etc.

Schroeder, Schroeder, etc.

Photographische Bedarfsartikel, Photographie, Artikel, etc.

Fischer & Comp., Fischer & Comp., etc.

Restaurateure, Restaurant, etc.

Bergkeller, Bergkeller, etc.

Brüder, Carl, Brüder, Carl, etc.

Korsetts, Korsett, etc.

Lederwaren und Sattlerei, Leder, Sattler, etc.

Linoleum, Wachsleuchte, Linoleum, Leuchte, etc.

Malzkaffee, Malz, Kaffee, etc.

Milch- u. Butterhandlungen, Milch, Butter, etc.

Musik-Instrumente, Musik, Instrumente, etc.

Nähmaschinen, Nähmaschine, etc.

Optiker, Optiker, etc.

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe, Pfand, Leihen, etc.

Photographische Ateliers, Photographie, Ateliers, etc.

Resthandlungen, Resthandlung, etc.

Putz, Modes, Putz, Modes, etc.

Cichon, Rich., Cichon, Rich., etc.

Rossfleischerei u. Wurstfabrik, Rossfleischerei, Wurstfabrik, etc.

Sargmagazine, Sargmagazin, etc.

Schirme, Stöcke, Schirm, Stöck, etc.

Schneiderei-Artikel, Schneiderei, Artikel, etc.

G. A. Opell, G. A. Opell, etc.

Press D. & Co., Press D. & Co., etc.

Schuhwaren und Schuhmacher, Schuhwaren, Schuhmacher, etc.

Amerikanische Schnellsohlen, Amerikanische Schnellsohlen, etc.

Deutsch-Amerikanische Schuhwaren, Deutsch-Amerikanische Schuhwaren, etc.

Schuhwaren und Schuhmacher, Schuhwaren, Schuhmacher, etc.

Photographische Ateliers, Photographie, Ateliers, etc.

Fischer & Comp., Fischer & Comp., etc.

Restaurateure, Restaurant, etc.

Bergkeller, Bergkeller, etc.

Brüder, Carl, Brüder, Carl, etc.

Korsetts, Korsett, etc.

Lederwaren und Sattlerei, Leder, Sattler, etc.

Linoleum, Wachsleuchte, Linoleum, Leuchte, etc.

Malzkaffee, Malz, Kaffee, etc.

Milch- u. Butterhandlungen, Milch, Butter, etc.

Musik-Instrumente, Musik, Instrumente, etc.

Nähmaschinen, Nähmaschine, etc.

Optiker, Optiker, etc.

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe, Pfand, Leihen, etc.

Photographische Ateliers, Photographie, Ateliers, etc.

Restaurateure, Restaurant, etc.

Bergkeller, Bergkeller, etc.

Brüder, Carl, Brüder, Carl, etc.

Deutscher Reichstag.

142. Sitzung. Mittwoch, den 8. März, 1 Uhr Nachmittags.

Am Bundesrat: Krawitz.

Zweite Lesung des Postgesetzes.

Die Beratung beginnt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs 44.000 Mk.“

Abg. Gröber (Zentrum):

Die Besoldungsreform von 1909 war unzulänglich und hat unter den Beamten naturgemäß Unzufriedenheit erzeugt, wofür wir die Verantwortung der Regierung überlassen müssen, die allen weitergehenden Anträgen ein Unannehmbar entgegensetzt. Jetzt ist endlich an eine durchgreifende Reform nicht zu denken, weil im gegenwärtigen Augenblick an neue Steuern nicht gedacht werden kann. Aber auch auf dem Gebiet des Beamtenrechts liegt noch viel im Argen, und hier wünschen wir sobald als möglich Abänderung. Der Redner begründete hierauf einen Antrag, der die alsbaldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Neuordnung der Dienstverhältnisse der Reichsbeamten fordert, wobei das Disziplinarverfahren mit ausreichenden Garantien versehen und das Wiederannahmeverfahren geregelt werden soll; ferner soll auf eine Entlohnung in die Personalalters, die den Beamten zum Nachteil gereichen, nur dann eine Entscheidung gegründet werden, wenn dem Beamten Gelegenheit zur Neuordnung gegeben ist. Weiter wird in dem Antrag eine Statistik der Familienverhältnisse der Reichsbeamten und die Möglichkeit der Beförderung der Post- und Telegraphen-Sekretärprüfung verlangt.

Abg. Eichhoff (Sp.):

Meine Freunde werden dem eben begründeten Antrag des Zentrums zustimmen. Der Etat zeigt ein rechtliches Bild; das ist eine Folge der erheblichen wirtschaftlichen Verhältnisse. Dringend notwendig ist die Schaffung eines Selbstverständnisses. Schon dem Begründer des Weltpostvereins, Herrn v. Ströhm, schwebte dieses Ideal vor. Der Redner bringt dann Klagen des Vereins rheinisch-westfälischer Exportfirmen über Verhältnisse beim Paketverkehr nach Russland und China vor und beschwert sich über die Verfolgung der Privatanklagen zur Erleichterung durch die Postverwaltung.

Abg. Eichhorn (Soz.):

Der Postetat schließt mit einem gewaltigen Ueberschuß, aber letzten Endes ist die Post nicht dazu da, die leere Staatskasse zu füllen, sondern soll dem Verkehr dienen. Ein sehr, sehr langsamer Fortschritt ist zu erkennen, aber es fehlt jeder frische Geist. Auch wir wünschen das 10 Pf.-Porto für den Weltverkehr, mindestens sollte es bei den Vereinigten Staaten von Europa möglich sein. (Zust. b. d. Soz.) Die Zwei- und Dreifachmarken im Ortsverkehr sollte wieder hergestellt werden. Das ist bei der Finanzreform sowohl wie bei der Unterdrückung der Privatpostanstalten versprochen worden. Das billige Porto für kleine Postanweisungen sollte auf Betrag bis zu 10 Mark ausgedehnt werden. Beim Postverkehr sollte man die Gebühren herabsetzen, der Verkehr würde dadurch noch stärker zunehmen und erhebliche Einnahmen bringen.

Auch die Penalanlage von Fernsprechstellen und der Ausbau des Fernsprechnetzes würde in diesem Sinne wirken, ohne daß eine Erhöhung der Telegraphengebühren nötig wäre. Verlehter Sozialismus, gepaart mit Unbuddsamkeit, ist es auch, der die Postverwaltung veranlaßt, gegen die Messinger-Vor-Justiz vorzugehen. Diese Justiz entspricht einem Verkehrsbedürfnis, aber die Postverwaltung hält Briefbeförderung durch die für ungeschickt und verfolgt sie. — Was ist denn nun ein Brief? In Leipzig wurde für Straßburg erklärt, daß ein Rezept in einem Briefumschlag durch den Voten eines solchen Instituts befördert wurde. (Heiter.) In Heidelberg wurde ein Briefumschlag bestrahlt, weil er seiner Braut eine eilige Nachricht durch ein solches Institut in einem Briefumschlag sandte. Das sind doch ungläubliche Vorbehalte. Vor solchen Vorkäuflichkeiten sollte sich die Post doch hüten, obwohl an Renommee hat die Postverwaltung nicht zu verlieren. (Zustimmung b. d. Soz.) Wäre das Rezept oder die Nachricht in eine Schachtel gesteckt worden, so wäre nichts Strafbares daran gewesen. Es kann sich doch nur darum handeln, ob die ganze Einrichtung dem Geist des Volksgesetzes widersteht und das ist nicht der Fall, da ein planmäßiges Einmischen und Ausstragen von Briefen nicht stattfindet. (Zust. b. d. Soz.) Die Postverwaltung plant jetzt selbst einen solchen Potentien, aber mit einem Tarif von 50 Pf. bis zu 1,90 Mk., dann ist an eine Einbürgerung desselben natürlich nicht zu denken. Meine Freunde sind keineswegs Gegner des Postmonopols, aber das Monopol legt große Verpflichtungen und eine große Verantwortlichkeit auf. Wenn es so übersteuert wird, wie von der Postverwaltung, dann muß man beinahe wünschen, daß die Konkurrenz aufrecht erhalten wird, um die Post vorwärts zu drängen. Daß die Postverwaltung von der Konkurrenz noch lernen kann, haben wir Mitglieder der Budgetkommission erst heute erfahren. Eine wichtige Denkricht, die gestern früh bereits fertig war, erreichte uns mit der gewöhnlichen Post erst heute früh, so daß wir natürlich noch nicht in der Lage waren, sie zu studieren. (Zust. richtig! b. d. Soz.) Noch einige Bemerkungen zu den Personalfragen. Es ist ja schwer,

ein Beamtenheer von 100.000 Köpfen

zu lenken. Die Bureautratie aber meint, die Beamten seien an ihrer selbst willen da, Stellen müssen geschaffen werden, weil Anwärter vorhanden sind, und Beförderung muß eintreten, weil sie allmählich reifen ist. Langsam scheint die Postverwaltung diesen Standpunkt ja aufzugeben, aber uns geht das nicht schnell genug. Seit langem herrscht auch ein Streit über die Fragen der Berechtigung zu den verschiedenen Karrieren. Dieser Streit scheint uns überflüssig. Auch ohne höhere Schulbildung sind viele Unterbeamten in der Lage, den Dienst der mittleren Beamten zu erkennen und zu verrichten und die mittleren den der höheren. Wie man früher sagte, jeder Soldat trägt den Marschallstab im Tornister, so sollte jeder Postbeamte, auch der unterste, die Möglichkeit des Aufstiegs in den höheren Postdienst haben. (Zustimmung b. d. Soz.) Dadurch würde die Arbeitsfreudigkeit ganz gewaltig wachsen. Es ist viel zu viel unfähiges Personal vorhanden, so daß das übrige Personal sich brennt und bedrückt fühlen muß. Die Postverwaltung setzt ihren Kampf gegen die Koalitionsfreiheit der Beamten, speziell der Unterbeamten, mit ungeschwächter Kraft fort. — In Königsberg i. Pr. ist der Unterbeamte Dörich gemeldet worden, weil er an die Spitze des Unterbeamtenvereins getreten ist; erst wurde der Mann auf alle mögliche Art und Weise schikaniert. Es gibt ja leider Beamte genug, die sich durch Schikaniierung unliebbarer Elemente oben lieb kind zu machen suchen.

Wir halten die Wünsche der Oberpostassistenten auf Erhöhung ihrer Entgehälter für durchaus berechtigt. Die Konservativen, die die Hauptschuld an der miserablen Gestaltung der Besoldungsreform tragen, suchen jetzt durch Gewährung besonderer Zulagen wenigstens die Oberpostassistenten zu gewinnen. Kein Wunder! Die Konservativen haben soviel Sünden an dem Reibholz, daß sie wenigstens die Oberassistenten als Wahlhelfer gewinnen möchten. Wir treten für eine allgemeine Revision der Besoldungsordnung ein. In erster Linie bedürfen die Unterbeamten dringend einer Aufbesserung. Verschiedene Kategorien von Unterbeamten sind durch die Besoldungsreform direkt geschädigt worden. Die Dienstzeit ist verlängert worden und zwar über die Erhöhung der Bezüge hinaus, sodas der Stundenlohn gemindert ist. (Zust. richtig!) Eine Revision der Besoldungsreform ist also dringend notwendig. Die Berücksichtigung an den Unterbeamten, die der Reichstag 1909 begründet hat, muß wieder auf gemacht werden. Man forscht nicht von Planget an Witten. Die Rechte angehörigen sind die Herren von der Rechten democh. in diesem Reichstag

eine Erbschaftsteuer anzunehmen. (Zust. Zust. bei den Soz.) Aber wenn es heißt, in das eigene, große Portemonnaie zu greifen, dann ist es aus mit der Vermögenskündigkeit bei den Konservativen. (Zust. wahr! bei den Soz.) Die Postverwaltung möchte ich aufordern, sich ihren Arbeitern gegenüber nicht so anschießlich von fiskalischen Gesichtspunkten aus leeren zu lassen und die Fälligkeit sozialer Fürsorge mehr zu beachten. (Zust. richtig! bei den Soz.) Wenn die Postverwaltung den Gehältern bestet, mit der Zeit fortzuschreiten, so eröffnen sich ihr mancherlei Felder der Tätigkeit. Die Sorge für die zahlreichen Arbeiter der Post, die Aufbesserung der Unterbeamten, die einer solchen dringend bedürfen, die Anpassung an die steigenden Anforderungen des Verkehrs, alles das sind Aufgaben, denen die Postverwaltung sich nicht entziehen darf oder doch nicht entziehen sollte. Wir schließen uns allen Bestrebungen an, die auf Modernisierung und Sozialisierung der Post hinarbeiten, und wir bitten den Reichstag, unseren Vorschlägen zuzustimmen. Darum bitten wir in erster Linie um Annahme unserer Resolution, die im Hinblick auf die völlig unzureichenden Bezüge der Unterbeamten eine Revision der Besoldungsordnung verlangt. (Zust. bei den Soz.)

Abg. Dr. Dröschner (sonst.):

Die Sozialdemokratie verlangt fortgesetzt neue Ausgaben, macht aber keine Vorschläge für neue Einnahmen. (Zust. bei den Soz.: Erbschaftsteuer.) Wenigstens keine annehmbaren. (Wahr! bei den Soz.) Die Post muß noch kapitalistischen Gesichtspunkten geleitet werden. Wenn zurzeit die Anwesenheitsverhältnisse in der Post schlecht sind, so liegt das daran, daß früher der Reichstag fortgesetzt auf Vermehrung des Personals gedrungen hat. Nachdem nun der Wind umgeschlagen und Sparansicht von der Postverwaltung gefordert und getrieben wird, sind die Verbesserungsansichten naturgemäß ungünstig. Die Postverwaltung wird aber gewiß bestrebt sein, einen geeigneten Mittelweg zwischen den Forderungen der Sparansicht und den berechtigten Wünschen der Beamten zu finden. — Redner beklagt sich über die Belastung der „höheren“ Beamten und wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie

den Unterbeamten die Mäuler mit Honig schmieren.

Die Wünsche der Unterbeamten sind angesichts der Finanzlage zurzeit nicht erfüllbar; doch kommt ihnen die Kommissionsresolution entgegen, welche Beförderung einer Reihe Orte in eine höhere Wohnungskategorie vorschlägt. Wir bitten ferner um Annahme der Resolution auf Gewährung verlässlicher Zulagen an die Oberpostassistenten. Redner wünscht schließlich dem Staatssekretär ein langes Leben und eine lange Amtsdauer. (Beifall rechts.)

Staatssekretär im Reichspostamt Krawitz:

Die Wünsche, die in der Resolution Gröber niedergelegt sind auf Regelung der Dienstverhältnisse, Wiederherstellung der Präsenzen usw., werden wohlwollend geprüft werden; ob sie aber beibringt werden können, erachtet mir fraglich. Ich bitte dringend, die wenigen geforderten, höheren Stellen zu bewilligen. Der Abg. Eichhorn hat eine Reihe Beschwerden vorgetragen. Mit solchen Beschwerden ist es meist so eine eigene Sache, z. B. ein Beamter, der sich weder mit seinen Kollegen, noch mit seinen Vorgesetzten, noch mit dem Publikum zu stellen wußte, wurde von Hierlohn nach Hagen verlegt. Er veröffentlichte in der Zeitung folgenden Briefwechsel: Allen denen, die lieber meinen Willen als mein Gesicht sehen, zur Nachricht, daß es nach Hagen nicht weit ist. (Schallende Heiterkeit.)

Weiter ist verlangt worden, Beförderung aus so solcher Arbeitgehe zu verabreichen, die ihre Arbeiter anständig bezahlen und die Tarife einhalten. Das erste geschieht, in Bezug auf die tarifmäßige Bezahlung kann nicht ein Ressort allein vorgehen, es muß hier eine Verständigung der verschiedenen Ressorts stattfinden. Man zu den Wünschen der Tarifkommission.

Auch mir ist das viele Flickwerk am Weltpostverein nicht sympathisch. Aber Sie werden zugeben, daß Deutsch und nicht rassistisch ist. Wie es als Nebenkommen mit Amerika war bisher nicht möglich. Man darf sich auch nicht verhehlen, daß eine Ermäßigung im Weltporto zunächst wenigstens einen Ausfall an Einnahmen zur Folge haben würde. Für Deutschland zunächst wahrscheinlich zehn Millionen Mark. In Bezug auf die Erleichterung durch Privatanklagen können wir nicht einen anderen Standpunkt einnehmen als bisher. Wir können das Gesetz nicht nach unserem Belieben auslegen und gewerksmäßige Briefbeförderung durch Privatanklagen nicht zulassen. Die Gerichte haben sich unserer Auslegung des Gesetzes angeschlossen. — Der Antrag, Brieftelegrame einzuführen, sehe ich sympathisch gegenüber; aber die Erwägungen zwischen den einzelnen Ressorts sind noch nicht abgeschlossen. — Weiter ist angeregt, den Postfachverkehr zu verbilligen. Hiermit stehen wir noch in Besprechungsstadium, erst 1912 werden wir neue Vorschläge machen. Vermehrte Einnahmen wird übrigens eine Verbilligung des Postfachverkehrs nicht bringen, denn mit seiner Zunahme wird der Postanweilungsverkehr und der geringe Verdienst daran sich verringern.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Angehörige der Ueberschüsse der Post sprach Herr Eichhorn von über Pflanzmachei. Das ist ungerecht. Wir verlangen von der Verwaltung kaufmännisch u. Geist, dann dürfen wir nicht tadeln, daß sie auch auf Ueberschüsse bedacht ist. (Zust. bei den Natl.) — Die Post ist des Reiches größter Arbeitgeber und deshalb ist es wünschenswert, daß sie vorbildlich ist in ihrem Verhältnis zu den Angestellten. Man sollte daran denken, die neuen sozialen Institutionen auch für einzelne Kategorien der Postbeamten nutzbar zu machen; die Kommission für die Reichsversicherungsordnung und die Budgetkommission haben den Gedanken zwar abgelehnt, doch hoffe ich, daß er nicht für immer begraben ist. — Die von der Budgetkommission gestellten höheren Postbeamtenstellen wollen wir in den Etat wieder einstellen; bei der weitgehenden Dezentralisierung der Postverwaltung halten wir die höheren Beamtenstellen für notwendig. — Die Beamtenstellen scheitern mir viel zu sehr gegliedert, sie wachst sich allmählich zu einer Beamtenhierarchie mit Kastengeist an. Im vorigen Jahre verlangte ein Antrag Kaffermann die Schaffung eines Postbeirats; der Staatssekretär wehrte sich dagegen. Aber von Fall zu Fall hat er Sachverständige aus den Kreisen von Handel und Industrie hinzugezogen. Da ist es doch besser, den Beirat zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Aus der Entwicklung von Handel und Verkehr wachsen beständig neue Probleme für die Postverwaltung heraus, und deshalb würde ein solcher Beirat für die Verwaltung sehr nützlich sein.

Abg. Ling (Kvl.) trägt eine Reihe Wünsche vor, und bittet unter anderem, die Wiedereinführung der 2 Pf.-Marke im Ortsverkehr und die Einführung eines billigen Weltweitpostports in wohlwollende Erwägung zu ziehen.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus. 44. Sitzung. Mittwoch, den 8. März, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Trost u. Solz. Die zweite Beratung des „Gesetzes über die Verbindung mit dem Kapitel „Gefährlichen“ des Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.“

Abg. Ströbel (Sozialdemokrat): Es sollte gestern einen „großen Tag“ geben; man tat ja, als ob die Volksseele wieder einmal losge. Aber es wurde nichts daraus. Das sonst so streitbare Zentrum war außerordentlich friedlich. Und das Zentrum weiß warum. Herr von Seydewitz hält seine schließende Rede über das Zentrum. Es soll fortgeworfen werden, und wenn die preussische Regierung

neue Rosenblätter von Rom bekommen wird, wird sie es ebenfalls fraglich nehmen. Die Regierung ist eben nichts anderes als das Exekutivorgan der Konservativen. (Zust. wahr! bei den Soz.) Nur auf naive Gemüter konnten die Erklärungen des Ministerpräsidenten einen gewissen Eindruck machen. Darin scheitern allerdings die Herren Nationalliberalen zu gehören. Herr v. Campe wünschte, dem Ministerpräsidenten Bismarck die Ministerstiefel. Über der Major v. Bethmann-Hollweg ist kein Wehrhafter, und der Stiefel allein tut nichts, es muß auch der entsprechende Mann darin stehen. Selbst der Bismarck'sche Kulturstiefel ist im Zumpf des Kulturkampfes stecken geblieben. Was gestern der freisinnige Berg geboren hat, war nur ein ganz armläufiges Mäuslein. Es ist nichts herausgekommen, als die heroische Kundgebung, daß Volkliche, die den Modernisteneid abgelegt haben, künftig an höheren Schulen nicht mehr in Deutsch und Geschichte unterrichten würden. Der ganze Kampf war nur ein Scheingefecht. Man will eben von allen Seiten dem Hebel gar nicht ernsthaft zu Leibe gehen, man tut nur so, als kämpe man für freie Forderung. In Wirklichkeit will man nur etwas mehr Freiheit für Universitäten und höhere Schulen, die Volksschule aber soll nach wie vor der Kirche ausgeliefert bleiben. Will man wirklich einen Kulturkampf führen, so muß man für Trennung von Staat und Kirche, für die Befreiung der Schule von der Kirche, eintreten. Aber das mag man nicht, weil man die Selbstfreiheit des Volkes fürchtet. (Zust. wahr! bei den Soz.) Man will kein freies, sondern ein politisch abhängiges Volk, das ist der Kern der Sache. Herr v. Seydewitz meint, für die Volksschulen in Preußen gesehe so außerordentlich viel, namentlich begrüßt er die eine Million zur Fürsorge für die schulentlassene Jugend. Mit Ihrem

Verminderungsbestrebungen

Verminderungsbestrebungen keinen Erfolg haben. Die Herren, die immer von der Heiligkeit der Familie sprechen, vergessen ganz, daß sie dadurch, daß sie die Kinder den Idealen der Eltern zu erkaufenden suchen, nur Zwietracht in die Familien tragen. (Zust. wahr! bei den Soz.) Herr v. Seydewitz führte an, daß sich die Ausgaben für die Elementarschulen seit 1900 von 240 auf 260 Millionen vermehrt haben. Dabei hat er aber ganz die Vermehrung der Bevölkerung in dieser Zeit außer Betracht gelassen. Auch muß man die Erhöhung der Lehrergehälter von dieser Summe abziehen. Um wirklich zu zeigen, was bei uns für Kulturzwecke geleistet wird, müßte man die Summen für Postbildung mit den Summen vergleichen, die für den Militarismus ausgegeben werden. Im deutschen Reich werden für den Militarismus 1600 Millionen Mark ausgegeben, seit 1870 über 23 Milliarden Mark. (Zust. wahr! bei den Soz.) Die einzelnen Kapitel des Staatsetats sind sehr gering notiert. „Kunst und Wissenschaft“ mit 8 Millionen, „Technisches Unterrichtsweesen“ mit 5 Millionen Mark usw. Wie man angesichts der Ueberfüllung der Massen, den vielen Volksschulen, mit unseren Schulverhältnissen renommieren kann, ist mir unverständlich. Allein das Schüleraufbewesen ist eine Schmach und eine Schande für unsere Volksschulen. (Zust. wahr! bei den Soz.) Neuerdings macht man in den Volksschulen sogar Reklame für den Schnaps der Agrarier, der als durchgehends bestimmt hingestellt wird. (Zust. wahr! bei den Soz.) Die Haltung der Kurie, die Herr v. Bethmann-Hollweg beklagt, ist doch nicht bewundernswürdig angesichts der Rolle, die das Zentrum zurzeit bei uns spielt. 1908 war das Zentrum oppositionell, demokratisch bis zur Ruppigkeit, jetzt ist es monarchisch bis auf die Knochen. Herr v. Seydewitz hat nur pro forma das Vorgehen der Kurie getadelt. Die Herren Konservativen wissen aber, welchen Dank sie dem Zentrum schuldig sind. Sie kennen das Bischofswort: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben.“ Und Herr v. Bethmann hat einen förmlichen Appell an die Parteien gerichtet, es nun ja nicht zum Konflikt mit Rom kommen zu lassen. Wir hatten eine rechtliche Scheidung zwischen

Wissenschaft und Glauben

zwischen Staat und Kirche für dringend geboten. (Zust. wahr! bei den Soz.) Die Herren Nationalliberalen hätten gar keine Ursache, sich über den Modernisteneid aufzuregen. Denn der Protestantismus ist genau so dogmatisch wie der Katholizismus. Auf alle Offenbarungswohheiten werden die katholischen Professoren durch den Modernisteneid verpflichtet, jagte Herr Dietrich selbst. Das nennt man dann freie Forderung! Gewiss hat die Kirche das Recht, von ihren Anhängern die Anerkennung ihrer Glaubenssätze zu verlangen; aber dann hat sie nicht das Recht, Staatskirche zu sein und die Schule unter ihren Einfluß zu bringen. (Zust. richtig! bei den Soz.) Aber für die freie Volksschule sind ja auch die Nationalliberalen nicht zu haben. Das hat ihre Haltung beim Volksschulunterrichtsgesetz, die einen Schandfleck in ihrer Geschichte bildet, bewiesen. Der Kaiser Wilhelm-Fonds ist ein Korruptionsfonds für die Wissenschaft. Wir verlangen Freiheit der Wissenschaft, wie in der Religionsforschung so auch in der Nationalökonomie, der Geschichte usw. Die Universitätslehrer müssen auch das Recht der freien politischen Betätigung haben. Heute ist ein wirklich demokratischer oder gar sozialistischer Universitätsprofessor in Preußen undenkbar. Wir verlangen auch Freiheit der politischen Betätigung für die Studenten. Eggelle, wie die der Donner Karaffen, werden dann am besten aufgehoben. Um dem ganzen Volke die Möglichkeit wissenschaftlicher Betätigung zu geben, verlangen wir die Einheitschule. Nur wenn jedem die Möglichkeit gegeben wird, sich wissenschaftlich so auszubilden, wie es seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht, kann von Kultur die Rede sein. Dann muß auch die Kunst dem Volke erschlossen werden. Es herrscht

im Volke großer Bildungshunger

der bedrängt werden muß, es schmerzhaft ästhetische Reigungen im Volke, die nur gewohnt zu werden brauchen. Sie (noch rechts) lachen darüber, daß hier solche Dinge besprochen werden, aber verhandeln sich nicht über den Kultursetz. Es ist traurig genug, daß die Sozialdemokratie allein energisch für diese wichtigen Fragen der Volksbildung eintritt. Die Sozialdemokratie hat sich stets der wahren Kunst angenommen. (Zust. rechts.) Wir haben z. B. die Bedeutung Pflanzensatz trotz seiner konservativen Meinung anerkannt, als er noch nicht bekannt war. Der Kapitalismus aber ist der schlimmste Feind der wahren Kunst. Wahre geistige Kultur kann nur gedeihen in einem wahrhaft sozialen Staat. Deshalb helfen Sie mit zur Hebung des Kulturstandes, zur Verklärung der Arbeitszeit, zur politischen Entwicklung des Volkes, helfen Sie endlich mit zur Erringung eines freien Kunstrechts. An die Nationalliberalen speziell möchte ich die Mahnung richten: Erinnern Sie sich Ihrer alten Traditionen. Helfen Sie uns den Kampf führen gegen den blauschwarzen Bloß, sagen Sie sich ein in der Bloß des Fortschritts, den Kulturbloß. Wir Sozialdemokraten werden die Kulturkämpfer für diesen Kulturbloß bilden; er wird sich unausfallsam vorwärtsziehen, und wenn Sie nicht mitun, wird er über Sie hinweggehen. (Zust. bei den Soz.)

Abg. Dr. Porzich (Zentr.):

Wir wollen den Konfessionellen Frieden, bei einem neuen Kulturkampf würde nur der Weizen der Sozialdemokratie blühen. (Zust. richtig! im Zentrum u. rechts.) Das Ziel unserer Kultur ist allerdings die Wiederherstellung der Verhältnisse vor dem Kulturkampf. Das hat evangelisches Gefühl durch die pöplischen Maßnahmen zur Wahrung des christlichen Glaubens sich bedingt fühlen können, können wir nicht anerkennen. Sehr lebhaftes

gebenden erregte bei meinen Freunden die Erklärung des Ministers-Präsidenten, daß katholische Lehrer, die den Antimodernismus gelehrt haben, in Zukunft nicht mehr für den Unterricht in Deutsch und Geschichte an höheren Schulen angestellt werden sollen. Wir würden es auf das lebhafteste bedauern, wenn diese Ankündigung zur Wahrheit würde. (Sehr richtig! i. Centr. Hört, hört! links.) Wir können nicht anerkennen, daß die Folge der Leistung des Antimodernismus sein könnte, daß der Unterricht anders erteilt wird als bisher. Eine solche Maßnahme könnte sich das katholische Volk nicht gefallen lassen (Reb. Bull. i. Centr.), sie würde eine Erklärung des konfessionellen Friedens bedeuten. Wir haben ja doch im Westen auch katholische Lehrer, die keiner Kirche angehören und doch in Deutsch und Geschichte unterrichten. (Hört, hört! i. Centr.) Wir gehen uns der Hoffnung hin, daß man solche Konflikte vermeiden wird. (Reb. Bravo! i. Centr.)

Kultusminister v. Tross zu Holz:

Der Redner hat sich sehr entschieden dagegen gewandt, daß man der Auffassung sein könne, daß ein katholischer Geistlicher, der den Antimodernismus gelehrt hat, deshalb nicht mehr für den Unterricht gehalten werde, an unseren höheren Lehranstalten Unterricht in Deutsch und Geschichte zu geben. Diese Auffassung hat der Herr Ministerpräsident hier nicht vertreten, denn dann hätte er sich auch dafür ausdrücken müssen, daß auch die Geistlichen, welche zurzeit schon diesen Unterricht erteilen, aus ihm entlassen werden müßten. Dagegen hat er sich aber ausdrücklich gewandt. Wenn wir uns ordnungsgemäß bei der Aufstellung katholischer Geistlicher im Staatsdienst auflegen werden, so ist der Grund die Sorge um die Erhaltung des konfessionellen Friedens. Wie nahe Konfliktmöglichkeiten sind, wenn katholische Geistliche zugleich im Staatsdienst stehen und wenn dann an sie eine neue Forderung gestellt wird, ohne daß darüber die eine Seite sich mit der anderen vorher in geeigneter Weise verständigt. Haben uns die Erfahrungen der letzten Zeit gelehrt. (Sehr wahr! links.) Ich nehme also an, daß auch die Freunde des Vordrucks im Interesse des konfessionellen Friedens die Haltung der Regierung in die er Frage als richtig anerkennen werden. (Versetztes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.)

polemisiert gegen den Abg. v. Seydewitz. Er hat nur große Worte gemacht, uns aber schließlich nur empfohlen, die Hände in den Schoß zu legen. Seine Ausführungen waren wohl eingeleitet auf die Ausführungen des Kultusministers in der Kommission, und er war wohl erlaunt, daß die Ausführungen des Ministerpräsidenten darüber wesentlich hinausgingen. Die Konflikte mit katholischen Geistlichen an höheren Lehranstalten würden am besten vermeiden, wenn wir überhaupt nur weltliche Lehrer hätten. (Sehr richtig, links!) Der diplomatische Verkehr mit der Kurie sollte in Zukunft nur durch Überreichung schriftlicher Noten erfolgen. Den Vorwurf der konfessionellen Herge, den neuerlich Herr Dr. Habr gegen uns erhob, weisen wir entschieden zurück. Mögen die Konferenzen von einer beratenden diplomatischen Kommission geleitet werden, die sich mit dem besten Bemühen bemühen wird, die Konflikte zu beseitigen. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Dr. Schneide (Vpl.):

Wir sind mit den gemachten Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten nicht so einverstanden wie Herr Dr. Friedberg. Das Friedensbedürfnis kam in ihnen flüchtig zum Ausdruck als das Selbstbewußtsein des Staates. Diese Nachsicht wird in Rom nicht gewürdigt und wahrscheinlich auch nicht erwidert werden. Die einzige wichtige Maßnahme, die der Ministerpräsident ankündigte, dahin, daß in Zukunft Geistliche, die den Antimodernismus gelehrt haben, nicht mehr der Unterricht in Geschichte und Deutsch erteilen werden solle, ist in dem parlamentarischen Programm der Rede durch die Einfügung der Worte „in der Regel“ noch abgeschwächt worden. (Hört, hört! links) und auch in den Worten des Kultusministers haben wir eine solche Abschwächung gesehen. Das einzige positive Ergebnis dieser Debatte wäre die Streichung der Geländeschicht beim Vatikan. Da diese Geländeschicht sich als ganz überflüssig erwiesen hat, werden wir für die Streichung eintreten. (Bravo! links.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Siderlen-Wächter

weiß einige Anzettel des Vordrucks gegen die Geländeschicht beim Vatikan zurück. Es ist dem Gesandten ungenügende Information vorgekommen, er habe die Intentionen der Kurie nicht gekannt. Das verlangen wir von keinem unserer Vertreter, daß sie die Absichten der fremden Regierung vorher kennen. (Sehr richtig.) Herr Schneide hat dann verlangt, für diesen Gesandten brauchen wir bloß die Post. Schließlich muß doch aber auf der Post auch jemand sein, der schreibt. (Große Heiterkeit.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Titel „Minister“ wird beibehalten, ebenso der Titel „Gesandtschaft“.

Abg. Strauß (Soz.) stellt gegenüber dem Abg. Forch sich, daß er nicht zum Kultusminister im laubäugigen Sinne aufgefordert habe, sondern gerade für die katholische Kirche das Recht proklamiert habe, ihre Angelegenheiten völlig unabhängig zu regeln. Dem Kapitel „Evangelischer Oberkirchenrat“ werde sich

Abg. Franke (Sp.) gegen die geplante Überwachung des Konfirmandenunterrichts in Berlin und kritisiert die Jurisdiction der liberalen Theologen an den Universitäten. Herr Forch sagte heute: seine Forderung treibt man nicht um ihrer selbst willen, sondern um zur Wahrheit zu gelangen. Demgegenüber meine ich: Man kann zur Wahrheit nicht anders gelangen, als indem man die Wahrheit um ihrer selbst willen liebt. — Wir wissen heute noch von einer Sozialkirche entfernt sind, beweist der Fall Jathe, auf den meine Freunde in der dritten Lesung näher eingehen werden.

Abg. Winter (natl.): Der Fall Jathe ist eine innere Angelegenheit der evangelischen Kirche und keine Angelegenheit der internationalen Abgarnen. Es bedeutet eine Überschreitung der Grenzen zwischen Staat und Kirche. (Bravo! rechts.)

Darauf wird die Beratsung vertagt auf Donnerstag 11 Uhr.

Eröffnung 4 1/2 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Ueber die Gemeinderatswahlen in Reich i. 2. ist noch zu berichten, daß in dies unter drei Kandidaten zwei Parteigenossen gewählt wurden. In Wiesbaden wurden die fünf sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. In Tübingen erhielt ein Gewerkschaftler als Kandidat die meisten Stimmen. In Emden wurden zwei Gewerkschaftler gewählt. In Paderborn, wo sich mehrere Gewerkschaften zum ersten Male an der Wahl beteiligten, wurde unter 6 Kandidaten ein Gewerkschaftler gewählt.

Ein Heim des Sozialismus in Milwaukee. Die sozialistische Partei Milwaukees hat das neue Geschäftshaus der Partei, zugleich Verwaltungssitz für Partei und Arbeiterorganisationen, bezogen: Brisbane Hall, genannt nach dem ersten amerikanischen Apostel des Sozialismus, Albert Brisbane (1839-1890). Das Gebäude hat eine Ausdehnung von 50 auf 152 Fuß (7000 Quadratmeter) und enthält jetzt vier Stockwerke. Doch ist das Fundament für weitere 4 Stockwerke eingelegt. In der Dorrer ist unter anderem die neue große Bierbrenn- und Brauemaschine, die 22 Seiten

bedruckt, einzuweisen aber nur einen Tag in der Woche in Täglichkeit tritt. „Soz. Dem. Herald“, der zu dem Festtage eine besondere reich mit Bildern und der Nachbildung der früheren vorliegenden sozialistischen Organe ausgestattete Ausgabe veranstaltet hat, fordert zur Anmietung eines Zeitungsstands von 10.000 Dollars in Anteilen zu 10 Dollar auf, um die Umwandlung in ein Tagesblatt zu ermöglichen. Auf gleiche Weise sind auch die Kosten des stattlichen Gebäudes aufgebracht worden, so daß an dem Zustandekommen des neuen Unternehmens in kurzer Zeit ebensoviele Zweifel sind, wie an dem sonstigen Fortschritt der tapferen und besonnenen Milwaukeeer Genossen. Zur Erklärung der besonders großen Erfolge der Milwaukeeer im Vergleich zu den Genossen anderer Orte schreibt Genosse Berger im „Soz. Dem. Herald“: „Wie konnte das in Milwaukee geschehen und nicht anderswärts? Nicht, weil unsere Bewegung deutsch ist. Unsere Bewegung hier ist weniger deutsch als die in New York, Chicago oder Philadelphia und lange nicht so fremdbüßend“ in anderer Hinsicht. Auch nicht, weil Wähler und Volk so viel erleuchteter sind als an anderen Orten. Wohl mögen sie etwas besser aufgeklärt sein über Sozialismus und Wirtschaftfragen, aber dieser Unterschied kann den großen Unterschied in den Erfolgen nicht erklären. Warum also?

Weil unsere Methoden logischer und konsequenter waren als anderswärts. Weil wir mehr Ausdauer und Zielbewußtsein eingebracht haben als die Arbeiter anderer Städte. Weil Politik und Leitung unserer Partei in fast 20 Jahren nicht gewechselt haben. Weil unsere Bewegung niemals Sektenswege eingeschlagen hat. Wir haben uns nicht für bürokratische Reformbewegungen noch für anarchoistische Unmöglichkeitsspolitik. Warum haben die Sozialisten von Milwaukee so treffliche Erfolge erzielt.“

Aus Oberschlesien.

Beuthen OS., 9. März. Reformbedürftige Zustände. Vor einigen Tagen war ein Kellner des hiesigen Restaureurhauses namens Gebauer schwer erkrankt. In seiner Wohnung angelangt, verlangte er ins Krankenhaus geschafft zu werden. Hierzu mußte die Bescheinigung eines Arztes vorliegen. Da sein Zustand sich von Minute zu Minute verschlechterte, ging der Sohn seiner Logisleute zu dem in der Nähe wohnenden Krankenträger der Ortskrankenkasse B, bei der Gebauer beschäftigt ist, und verlangte, daß dieser zu dem Schwerverkranken komme. Der Arzt lehnte dieses, so berichtet die „Oberschlesische Grenzzeitung“, ab, da er eben erst nach Hause gekommen sei, und in dem schlechten Wetter nicht noch einmal ausgehen wolle. So üblich ging es dem jungen Manne bei einem zweiten Krankenarzt. Immerhin begab sich der Vater zu einem anderen Arzte, der aber nicht krankenarzt ist, und trug diesem die Sache vor. Nach längerem Hin und Her erklärte sich der Arzt zum Mitgehen bereit, nachdem er sich vergewissert hatte, daß seine Gebühr ihm sofort bezahlt werde. In der Wohnung des kranken Gebauers angelangt, konnte der Arzt jedoch nichts unternehmen, da Gebauer bereits gestorben war. Am andern Tage ging die Witwe des Verstorbenen zu dem erkrankten Krankenarzt und bat um Ausstellung eines Totenscheines, wurde aber gleichfalls abgewiesen. Daraufhin ging ihr Mann, der Schuhmachermeister Sosa, Larnowitzerstraße 43, in das Bureau der Ortskrankenkasse B, der der Tote angehört und trug den Fall vor. Die Kasse schickte ihn zwecks Ausstellung des Totenscheines an den vorgenannten Arzt hin, wo es nun zwischen dem Schuhmachermeister und dem Arzte zu einer großen Auseinandersetzung kam, da der Arzt sich auch sehr nach weigerte, den Totenschein auszustellen. Durch alle diese Vorgänge war der Schuhmachermeister in eine große Aufregung geraten und als er auf die Straße kam, fiel er dem Herzinfarkte getroffen tot zu Boden. Er hinterläßt in recht unruhigen Verhältnissen die Witwe mit zwei kleinen Töchtern.

Dieser traurige Vorgang erinnert uns an Zustände im Nachbarreiche und man sollte es nicht für möglich halten, daß zwei Ärzte nicht zu bewegen waren, einem Schwerverkranken Hilfe zu leisten. Von der bürgerlichen Presse wird dieser Vorgang zu beschönigen versucht, indem sie es so hinstellt, als ob die Krankenärzte von den Krankenkassen schlecht bezahlt würden. Nichts ist falscher als diese Behauptung. Die Schuld liegt lediglich am Krankenloosstand, der das Interesse seiner Mitglieder nicht in genügender Weise zu wahren versteht. Krankenloospenetrate heißt die Krankenkasse zurzeit überhaupt nicht, und sie wirtschaftet in völlig ungelegener Weise. Hier wäre es endlich notwendig, eine gehörige Reform vorzunehmen, damit derartige traurige Zustände, wobei gleich zwei Menschenleben zu Grunde gingen und eine Frau mit zwei Waisen unberührt zurückblieb, ein für allemal nicht mehr vorkommen könnten.

Beuthen OS., 9. März. Stadtoberordneten-Listung. Die letzte Stadtoberordnetenliste erledigte erst eine Reihe kleinerer Verträge. Eine größere Leihne rief die Vorlage des Magistrats, am Stadthaus Krankenhaus einen Erweiterungsbau auszuführen, hervor. Der Stadtbaurat empfahl ein Projekt, das 297.000 Mark kosten soll. Mit diesem Erweiterungsbau glaubt man mehrere Jahre auskommen zu können. In der langen Debatte, an der sich besonders die Ärzte beteiligten, wurde allgemein anerkannt, daß es vor der Hand unmöglich sei, einen Neubau, der fast 1 1/2 Millionen Mk. kosten würde, durchzuführen. Die Vorlage wurde darauf genehmigt. Dem Magistrat der Magistrate zwei Pferde und Geschirr, sowie drei Arbeitstage für das städtische Schlachthaus anzuschaffen. Das Gesuch soll neben anderen Arbeiten hauptsächlich die Abfuhr des häuslichen Eises betreffen. Die Debatte zeigte, daß man in den Kreisen der Stadtoberordneten davon nicht recht erdant ist, daß die Stadt ihre Arbeiten selbst ausführen, man möchte am liebsten den Unternehmern diese Arbeit erhalten lassen. Es bedurfte erst des wiederholten Eingreifens der Magistratsmitglieder, bis die 4000 Mark, die hierzu gefordert werden, bewilligt wurden. — Zur Vorbereitung der Schneiderstraße nach ein Streifen von zwei Meter Breite angekauft werden. Die Besitzer sollen und Rechnung verlangen 100 Mark pro Quadratmeter. Die Verhandlung kam dem zu. — Ein Vertrag des Magistrats mit dem Buchdruckereibesitzer Zimmermann wegen Lieferung von Drucksachen für den Magistrat rief eine rege Debatte hervor, da die Lieferung nicht ausgeführt und man der Ansicht ist, daß die Lieferung billiger zu haben gewesen wäre. Endlich wird die Vorlage vertagt und dem Magistrat übergeben, beide Parteien, Leiharbeiter und Buchdruckereibesitzer Zimmermann, zu hören, und dann noch einmal zu prüfen, ob die Forderung ihre Berechtigung hat. — Für den Grundbesitz der Arbeiter der Magistrat die Bewilligung von 500.000 Mark im Wege der Anleihe. In diesen Fonds sollen dann nach die Beiträge aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden aufgenommen werden. Dieser Antrag wurde, da die Materie nicht genügend geklärt sei, an die Kommission zurückgewiesen. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Beuthen, 9. März. Hauskassur. In Samocz, Kreis Beuthen in Oberschlesien, kürzte ein neuverheiratetes Paar gerade 4 Personen, darunter ein eben erst getrautes Ehepaar getötet wurden. Zwölf Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Kattowitz, 9. März. Zuckerbrot und Stoffschläge auf den Magen. In der Kantine der Haidonhütte werden am Sonntag Arbeiter, die 40 bzw. 30 Jahre ununterbrochen im Betriebe beschäftigt sind, prämiert. Direktor Michalski hielt eine große Rede, und dankte im Namen der Generaldirektion und der Betriebsleitung, für den geleisteten Arbeit während der langen Jahre und brachte dann ein Hoch, nicht etwa auf die Jubilare, sondern auf den Kaiser aus. Einer der ausgezeichneten Arbeiter, Maurermeister Pawlinski, hielt ebenfalls eine große Rede und dankte der Betriebsleitung für all ihre Güte und Freundlichkeit, die sie ihren Arbeitern erweisen. Er erhielt sieben Arbeiter einschließlich des Maurermeisters Pawlinski für 40jährige ununterbrochene Dienstleistung ein Geldgeschenk von je 100 Mk. Wenn andere Arbeiter ebenfalls für 30jährige Tätigkeit je 50 Mk. und eine silberne Uhr mit Goldrand und Widmung. Maurermeister Pawlinski erhielt dann noch eine besondere Anerkennung. Nachdem alle Jubilare photographiert, begann eine stolze Kneipe etc.

Viele Prämiierung der Arbeiter hat bei der großen Waffe der in der Haidonhütte Beschäftigten viel böses Blut erregt und man ist allgemein der Ansicht, daß damit den Arbeitern nur Sand in die Augen gestreut werden soll. Wie sehr dieser Betrieb es versteht, selbst diese kleinen Geschenke auf die Arbeiter abzumäßen, geht schon daraus hervor, daß zurzeit im Hammerwerk Abzüge von den ohnehin niedrigen Löhnen vorgenommen werden sollen. Leider ist die große Mehrzahl der dort Beschäftigten unorganisiert und deshalb müssen sie es sich gefallen lassen, daß auf ihre Kosten einigen Arbeitern, die ihre Knochen dem Kapitalismus geopfert haben, ein gelindes Pflasterchen aufgelegt wird. Das ist Zuckerbrot für wenige, für die große Menge aber Stoffschläge auf den Magen.

Oppeln, 9. März. Eine Ortsverwechslung. Die Meldung der Berliner Blätter, die auch von uns übernommen wurde, daß hier beim Abbruch einer Scheune zwei Personen getötet und eine schwer verletzt worden, ist unzutreffend. Der gemeldete Unfall hat sich in Paskowitz, Kreis Krensbura, ereignet. Dort trug der Bauerngutbesitzer Nowa eine alte Scheune ab, wobei ihm zwei Mädchen, die bei ihm arbeiteten, Hilfe leisteten. Um die Arbeit zu beschleunigen, unterzogen sie die eine Giebelwand, die dann einstürzte und Nowa sofort tötete. Von den beiden Mädchen ist das eine auf dem Transport nach ihrer Wohnung gestorben, das andere liegt hoffnungsvoll im Krankenhaus.

Oppeln, 9. März. Volksversammlung. Sonntag, den 12. d. M., Vormittags 11, im Gewerkschaftslokale, Karlsruherstraße 3: Volksversammlung. Ueber die internationale Ausplünderung der Arbeiterklasse sprach Genosse Höflich-Beuthen OS.

Rubin, 9. März. Drei Kinder durch eine Plagvatone verletzt. Der 14jährige Sohn des Häuslers Verona in Kub, Kreis Rubin, brachte am Montag eine mit Schrot gefüllte Plagvatone nach Hause. Er legte sie auf die heiße Platte des Ofens, während seine jüngeren Geschwister, zwei Mädchen im Alter von 2 1/2 und 5 Jahren, neben ihm standen und neugierig zuschauten. Die in der Stube anwesende Mutter achtete nicht darauf, plötzlich explodierte die Patrone und alle drei Kinder wurden durch die Schrotkörner ufm. schwer verletzt, der Knabe am rechten Oberarmel und an der rechten Hand, die 5 Jahre alte Tochter an der Brust und am Hals und das jüngste Kind am linken Auge. Die Verletzung ist so schwer, daß das Kind im Krankenhaus untergebracht werden mußte.

Berechnungen der hiesigen Markt-Vorratungs-Kommission.
Breslau, den 8. März.

	gute		mittlere		geringe	
	55sh.	niedr.	55sh.	niedr.	höch.	gering.
Weizen, weißer	19 50	18 40	18 20	17 40	17 50	16 50
Weizen, gelber	19 20	18 30	18 20	17 50	17 20	16 30
roggen	14 00	13 90	13 90	13 90	12 80	11 20
Braugerste	17 00	16	15 90	15	—	—
Gerste	14	13 80	13 20	12 50	12 40	12
Selbst	15 40	14 90	14 60	14 10	14	13 30
Victoria-Gerben	23	22	21	20	19	18
Erbsen	19 50	19	17 80	16 80	16	15 50

Preis pro 100 Sgr. 6.20-6.50 RT.
Vorgeschlagener Preis 4.20-4.60 RT.
Preis-Erlös pro 100 Sgr. 2.70-3.10 RT.
Breslauer Weizenmarkt. Preis 1 Scheffel pro 100 Sgr. inkl. Sachfracht
Weizen pro 100 Sgr. 22.00-22.50 RT., Roggen pro 100 Sgr. 12.50-13.00 RT., Braugerste pro 100 Sgr. 18.00-18.50 RT., Weizenkleie pro 100 Sgr. 10.00-10.50 RT.

Briefkasten

Sprechstunden der Rebaliton Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags.

A. Sch. Rätst sie die Frau auf eine gerichtliche Entschuldigungsanforderung ankommen, Sie muß die Schulden ihres verstorbenen Mannes bezahlen. Kann sie den lächerlichen Betrag nicht auf einmal zahlen, so soll sie sich auf Teilzahlungen einigen.

D. Sch. 100. Die Nähmaschine ist nicht pfändbar, wenn sie zur Erwerbsarbeit gebraucht wird.

H. B. Dieses Unglück ereignete sich Anfang der neunziger Jahre: genau wissen wir das nicht.

R. Bincenzstrafe. Für diesen Fall ist im Bürgerlichen Gesetzbuch eine Einkommensgrenze nicht angegeben. Wenn Sie nicht viel Unannehmlichkeiten haben wollen, müssen Sie die Unterstützung zahlen.

Brieg, Paulauerstraße. Arbeiter-Sekretariat in Breslau I, Risolastraße 18 1/2, 1. Sprechstunden nur Wochentags von 11 bis 1 Uhr und 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr; Sonnabend Nachmittag und Sonntag in das Sekretariat geschloffen.

B. R., Kattowitz. Sie können das Mädchen nicht zwangsweise unterjochen lassen. Alle anderen Fragen erledigen sich damit von selbst.

An viele. Genosse Schröder will in etwa drei Monaten noch einmal nach Schlesien kommen und eine Anzahl Versammlungen abhalten.

H. Jauer. Gustav Scholich, Breslau III, Neue Grandenstraße 5, II.

R. R. G. Freiligrath: „Revolution“; „Die Toten an die Lebenden“; „Trotz alledem“. Herzweg: „Das Lied vom Hase“; „Anfang“ (Recht die Krone aus der Erde). Pfanz: „Jan 18. März“; „Nach der Bluthochzeit von 1849“.

Eine gute Auswahl trefflicher Freizeitschriften finden Sie in dem Buch: „Stimmen der Freiheit“. Preis 3 RT. Auch in der Volkswacht zu haben. Graf S.

Aus der Geschäftswelt.

In der Mittwoch begonnenen Ziehung der Loterie Kreuz-Lotterie sind nach Mitteilungen des Postzeitungsbüros folgende Hauptgewinne gezogen worden: 50.000 RT. fielen auf Nr. 49.143, 10.000 RT. auf Nr. 42.020, je 1000 RT. auf die Nr. 39.417, 75.082, 75.882. (Ohne Gewähr.)

Nur 5 Pfennig  **MAGGI Bouillon-Würfeln.**
Sofort ein Versuch mit  **MAGGI Bouillon-Würfeln.**
Bedürftig mit kochendem Wasser übergossen, gibt jeder Würfel sofort 1/2-1/4 Liter feinste Fleischbrühe, die dann je nach Bedarf zur Zubereitung von Fleischbrühe-Suppen, Gemüsen, Ragouts, Saucen etc. oder auch als klare Erbsenbouillon verwendet werden kann. **Es gibt nichts Besseres!**